

Veröffentlichungen der Abteilung *Sozialstruktur und Sozialberichterstattung* des
Forschungsschwerpunktes *Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse* des
Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung

FS III 99 - 401

Wohnsuburbanisierung am Beispiel Berlin

Ein Erklärungsrahmen

Wilhelm Hinrichs

Januar 1999

Abteilung „Sozialstruktur und
Sozialberichterstattung“
im Forschungsschwerpunkt III

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
• Reichpietschufer 50 • D - 10785 Berlin
Telefon 030 - 25 491 - 0

Resümee

Nach Auswertung vorliegender Erklärungsangebote für suburbane Wohnstandortentscheidungen wird ein modifiziertes Modell der Wohnstandortwahl vorgeschlagen. Am Beispiel der Region Berlin und auf der Grundlage der aggregierten Wanderungsstatistik des statistischen Landesamtes erfolgt eine partielle Verifizierung des Modells.

Es zeigt sich, daß bisherige Erklärungen zur Wohnsuburbanisierung, die nur auf Wohnungsmerkmale (Erwerb von Wohneigentum, bessere Wohnumwelt, günstigere Wohnkosten im Umland) zurückgreifen, erweitert werden müssen. Denn eine suburbane Wohnstandortentscheidung ist primär eine gewünschte und gewählte Wohn- und Lebensweise in Abhängigkeit von der Lebensphase. Bei Umlandbewohnern überwiegen traditionell-familienorientierte Elemente der Wohn- und Lebensweise, bei Innenstadtbewohnern modern-individualisierte Elemente. In einem weiteren Schritt gelangen, die Entscheidung beeinflussend und begleitend, Ressourcenbedingungen ins Spiel. Als zentrale Ressourcenvariable auf der Haushaltsebene kommt die Erwerbsbeteiligung (berufliche Perspektive) in Betracht, auf der regionalen Ebene sind es die Wohnungsmarktangebote und die Wohnbedingungen im Stadtgebiet bzw. im Umland.

Umfang und Dynamik von Suburbanisierungsprozessen sind sodann durch spezielle, historisch bedingte, regionale Kontextmerkmale charakterisiert.

Der sehr unterschiedliche Umfang der Suburbanisierung bei West- und Ostberlinern resultiert aus Nuancierungen in der gewünschten Wohn- und Lebensweise, aus noch vorhandenen Unterschieden in den Wohnbedingungen in Berlin-West- und Berlin-Ost und den historisch begründeten unterschiedlichen Beziehungen zum Brandenburger Umland.

Insgesamt wird davon ausgegangen, daß eine Wohnstandortentscheidung Stadtgebiet versus suburbaner Raum als ein Optimierungsprozeß, mit dem die Vorteile beider Standorte im Interesse des verfolgten Lebens- und Wohnkonzepts harmonisiert werden, beschreibbar ist. Das Umland soll als naturnaher, ruhiger und familienfreundlicher Wohnort dienen. Die nahegelegene Stadt wird weiterhin als Arbeits-, Dienstleistungs- und Kulturraum genutzt. Die Inanspruchnahme der städtischen Optionen wird zeitlich flexibel gewünscht und auch so vorgenommen.

Mit diesem erweiterten Erklärungsrahmen lassen sich auch politische Steuerungsmaßnahmen wirksamer entwerfen und evaluieren.

Abstract

After evaluating explanations relating to decisions in favour of living in the suburb, a modified explanation model for choosing the place of residence is proposed. The model is partly verified using aggregated migration statistics for the region of Berlin provided by the State Statistical Office.

It was observed that previous explanations for residential suburbanization, which were focused only on housing characteristics (buying a home, better residential environment, cheaper housing in suburban areas) need to be extended. Then the decision to live in the suburb is primarily a way of life that is desired and chosen in dependence on the phase of life. In the suburban population, traditional family-oriented elements of housing and living predominate, whereas in inner city population it is the modern individualised elements that play a dominant role. In a further step, resource conditions attending the decision come into play. At the household level, participation in the job market (job opportunities) is a central resource variable, at the regional level it is the housing situation on the market in the city or in outlying areas. Hence, the scope and dynamics of suburbanization processes are affected by special regional context characteristics which are in part conditioned by history.

The marked difference in the measure of suburbanization between West and East Berliners is a result of subtle differences in the desired housing and way of life, of differences in housing conditions that still exist between Berlin-West and Berlin-East and of differences in the relationship to Brandenburg's environs.

In general it is assumed that a decision in favour of living in an urban vs. suburban area can be defined in terms of an optimization process in which the advantages of the two locations are harmonized in the interest of the pursuit of certain aspirations with regard to living and housing conditions. The suburb functions as a family-friendly and quiet residential environment which is close to nature. The city nearby continues to be used as a place of work, service and culture. Taking advantage of the options in a manner flexible in time is desirable and is practised.

Using this extended explanation framework it is also possible to design and evaluate political steering measures.

Inhalt

1	Problemdefinition und Fragestellung	5
2	Untersuchungspopulation und Datengrundlage	7
3	Ausmaß und Erscheinungsformen der Suburbanisierung im Raum Berlin	9
4	Theoretische Erklärungsansätze	13
5	Divergierende Bestimmungsgründe und Strategien der Suburbanisierung	17
5.1	Suburbane Wohnstandortentscheidung - eine gewünschte Wohn- und Lebensweise	17
5.2	Suburbane Wohnstandortentscheidung - eine Ressourcenoptimierung	23
5.3	Suburbane Wohnstandortentscheidung - Nutzung regionaler Bedingungen	27
6	Zusammenfassung und Schlußfolgerungen	31
	Anlagen	33
	Literatur	39

1 Problemdefinition und Fragestellung

Residentielle Mobilität ist ein wesentliches Instrument, um individuelle Wertvorstellungen und Ansprüche zu verwirklichen und somit persönliche Wohlfahrt oder auch die Wohlfahrt der Familie oder des Haushalts zu sichern.

Bis 1990 war die Wohnmobilität der Bevölkerung im geteilten Berlin stark eingeschränkt. Zuwanderungen und wirtschaftliche Dynamik wurden in beiden Stadthälften weitgehend durch staatliche Steuerung künstlich aufrechterhalten. Berlin-West genoß eine hohe Anziehungskraft für „Gastarbeiter“ und als Zufluchtsort für Asylsuchende und Wirtschaftsflüchtlinge aus Osteuropa und der DDR. Zur umfangreicheren Ansiedelung von Unternehmen und Personen aus anderen Bundesländern wurden finanzielle Förderungen und Zuwendungen durch die Bundesregierung gewährt. Berlin-Ost bezog seinen bescheidenen Charme als Großstadt für DDR-Bürger aus den staatlich lancierten überdurchschnittlichen Konsumangeboten in der „Hauptstadt der DDR“. Diese Entwicklung führte zu einem Bevölkerungswachstum in beiden Stadthälften.

Mit dem Wegfall der Mauer entstanden völlig neue Grundlagen, Chancen und Motive für residentielle Mobilität in und um Berlin. Entgegen allen euphorischen Prognosen vom rasanten Wachstum der Hauptstadt-Metropole durch Zuwanderungen verlegen immer mehr Menschen ihren Wohnsitz aus dem Stadtgebiet in das Umland von Berlin. Konnte Berlin 1991 noch auf einen ausgeglichenen Wanderungssaldo aus der interregionalen Mobilität mit den anderen Bundesländern verweisen, setzte sich nach 1992, bedingt durch die immer intensivere Suburbanisierung, ein ständig steigender Negativsaldo, bezogen auf die deutsche Bevölkerung, durch. 1997 betrug die Negativbilanz fast 30 000 Personen. Im gesamten Zeitraum von 1992-1997 verlor die Hauptstadt rd. 80 000 deutsche Personen. Der Negativsaldo geht inzwischen komplett auf den Bevölkerungsaustausch zwischen dem Stadtgebiet Berlin mit dem Brandenburger Teil des engeren Verflechtungsraums Berlin-Brandenburg zurück (siehe Anlage 1, Karte 1).

Diese Entwicklung ist für Berlin und seine Bevölkerung mit handfesten fiskalischen Nachteilen verbunden. Zum einen führen die übermäßigen Fortzüge zu Steuerausfällen für die Stadt, und zum anderen erhält Berlin als Nehmerland im Rahmen des Länder-Finanzausgleichs weniger Mittel. Teure Infrastruktureinrichtungen innerhalb der Stadt lassen sich immer weniger effektiv nutzen (u.a. Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen).

Doch von noch größerer Tragweite sind die langfristigen Wirkungen auf die Sozialstruktur der Stadt. Haushalte mit nur einer Person nehmen beständig zu, Haushalte mit Kindern beständig ab. Der Anteil älterer, ausländischer und nichterwerbstätiger Bürger wächst. Das sensible soziale Gleichgewicht wird beeinträchtigt und soziale Integration erschwert.

Die für Berlin nachteiligen Folgewirkungen münzen sich für Brandenburg keineswegs in entsprechende Vorteile im Verhältnis 1:1 um, sondern die Entwicklungen sind auch für die Gemeinden im Umland von Berlin - neben Vorteilen - mit vielen ökologischen Nachteilen verbunden. Die regellose und ausufernde Bebauung des Umlandes von Berlin zerstört Landschaftsgebiete, führt zur großflächigen Versiegelung von Boden und zu einer hohen Verkehrsbelastung in der Region. Infrastruktureinrichtungen (Schulen, Straßen) im „Speckgürtel“ sind, spiegelbildlich zur Innenstadt, überfordert. Der Freizeit- und Erholungswert des Umlandes wird beeinträchtigt. Nicht zuletzt wird die lebhaftere Wohnsuburbanisierung zu einer Bewährungsprobe für die Toleranz zwischen den „alten“ und „neuen“ Einwohnern in den Umlandgemeinden, die sich aufeinander einzustellen haben.

Auf der Länderebene kommt es in vielerlei Hinsicht zu Konkurrenzen.

Diese Entwicklung veranlaßte den Berliner Senat zu umfangreichen Aktivitäten, um mittels politischer Maßnahmen die Dynamik des Prozesses zu dämpfen. So wurde eine „Eigenheimstrategie 2000“ ins Leben gerufen. Das Ziel dieser Initiative besteht darin, für eigenheimwillige Berliner Familien Bauland an der Stadtperipherie auszuweisen, um Wohneigentum zu ähnlichen Konditionen wie in Brandenburg anbieten zu können.

Als herausgehobenes Projekt im Rahmen dieser Initiative gilt das Vorhaben, in Biesdorf-Süd (Teil des Bezirkes Marzahn) bis zum Jahre 2010 ein Wohngebiet mit etwa 5 000 Wohneinheiten, besonders in Form selbstgenutzten Wohneigentums, zu schaffen. Dabei ist das Entwicklungsgebiet in der Größe von 142 Hektar als Stadtteilzentrum mit großen Handels- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Gewerbeansiedlungen konzipiert.

Auch die Planvorstellungen zum Wohnungsbau-Großvorhaben Spandau-Oberhavel wurden in Richtung einer Stärkung der Wohneigentumskomponente verändert.

Der Mieterprivatisierung aus dem Bestand wurde eine höhere Priorität eingeräumt.

Neben diesen Programmen verzichtete der Senat in verschiedenen Gebieten auf die Fehlbelegungsabgabe und auf weitere Mietanhebungen für Sozialwohnungen. Ferner ist daran gedacht, für den Erwerb von Wohneigentum aus dem Bestand zinsgünstige Darlehen zu gewähren (für den Neubau von Eigenheimen werden Darlehen aus Landesmitteln schon jetzt gewährt). Mit allen diesen Maßnahmen verbindet sich die Hoffnung, die Fortzüge aus der Stadt reduzieren oder verhindern und eine einigermaßen ausgewogene Sozialstruktur innerhalb der Stadt sichern zu können.

Aus der Problemdefinition und dem Problemlösungsansatz ergibt sich die zentrale Forschungsfrage:

Gibt es einen probaten theoretischen Erklärungshintergrund für diese schwunghafte Suburbanisierung im Berliner Raum, „die westdeutsche Städte ... selbst in der Hochphase der Wohnsuburbanisierung (60er/Anfang der 70er Jahre) nicht verzeichnen konnten“ (Herfert 1998: 51), und kann politische Gestaltung damit wirksam evaluiert und beraten werden?

Zur Beantwortung der Forschungsfrage sollen in einer ersten Untersuchungsetappe begründete Hypothesen zu den wesentlichen Ursachen der Wohnsuburbanisierung im Berliner Umland entwickelt werden.

2 Untersuchungspopulation und Datengrundlage

Als Untersuchungspopulation gelten alle deutschen Personen, die 1997 ihren Wohnsitz aus dem Stadtgebiet Berlin (siehe Anlage 1, Karte 2) in das Umland verlegt haben. Eine Konzentration auf „deutsche Personen“ ist deshalb notwendig, weil die Umzüge von Ausländern zum Teil anderen Prämissen, häufig rechtlichen, folgen. Zudem entfielen 1997 nur 3% aller Umzüge von Berlin nach Brandenburg auf Ausländer. Wenn im Einzelfall eine Trennung nach der Staatsangehörigkeit auf Grund der statistischen Unterlagen nicht möglich ist, werden bei diesem Größenverhältnis keinerlei statistisch relevante Verzerrungen verursacht.

Die Abgrenzung zwischen Stadtgebiet und Umland (suburbaner Raum) wird pragmatisch vorgenommen. Das Stadtgebiet Berlin wird definiert in seinen administrativen Grenzen. Es ist untergliedert in 23 Bezirke. 13 Bezirke verfügen über eine gemeinsame Grenze mit dem Land Brandenburg und werden als Außenbezirke bezeichnet, die verbleibenden zehn Bezirke als Innenbezirke. Streng genommen, könnte auch die Peripherie der Außenbezirke ebenfalls als suburbaner Raum gelten, hier stellen wir z.T. ähnliche Wohnbedingungen fest wie im Speckgürtel. Der praxisrelevante Aspekt unserer Analyse legt jedoch die pragmatische Lösung nahe.

Als suburbaner Raum wird der Brandenburger Teil des „engeren Verflechtungsraums“ der Länder Berlin und Brandenburg bezeichnet. Er umfaßt insgesamt 275 Gemeinden Brandenburgs, die Teilflächen von acht Landkreisen darstellen, sowie die kreisfreie Stadt Potsdam. Diese Definition entspricht der Festlegung in der Anlage zum Landesplanungsvertrag zwischen Berlin und Brandenburg vom 04. Juli 1995.

Für die Beantwortung der Forschungsfrage wird vor allem die umfangreiche aggregierte Wanderungsstatistik des Statistischen Landesamtes Berlin genutzt. Durch den Umfang der Umlandfortzüge, der zeitlich und regional detailliert ausgewiesen wird, durch Sozialstrukturangaben der Abwanderer und ihre Zielorte erhalten wir begründete Hinweise auf die Ursachen der Wanderungsbewegung. Die amtliche Statistik enthält alle Zuzüge nach Berlin und die Fortzüge aus Berlin. Die Wanderungsbewegungen sind nach Ländern und Berliner Bezirken ausgewiesen. Für den engeren Verflechtungsraum der beiden Länder wird der Bevölkerungsaustausch nach Bezirken (Berlin) bzw. Kreisen (Brandenburg) gesondert erfaßt.

Die Berliner Statistik umfaßt auch die zwischenbezirklichen Umzüge und jene im selben Bezirk, die jedoch für die thematische Ausrichtung unserer Analyse nicht von Bedeutung sind. Die Wanderungsstatistik des Statistischen Landesamtes Berlin basiert auf Angaben des Landeseinwohneramtes, das nach dem Berliner Meldegesetz bei Umzügen folgende sozialstrukturellen Angaben erfaßt:

- Alter
- Geschlecht
- Familienstand
- Erwerbsstatus
- Religionszugehörigkeit.

Anhand dieser Merkmale, der quantitativen Entwicklung der Wanderungen, ihrer regionalen Ausrichtung und unter Zuhilfenahme weiterer Landesstatistiken (u.a. Lohn- und Gehaltsstatistik

und Statistik der privaten Haushalte) läßt sich die Forschungsfrage zunächst in Form fundierter Hypothesen beantworten. Für die Einschränkung existieren drei Gründe: Zum einen vollzieht sich der Prozeß erst über einen relativ kurzen Zeitraum, zum anderen liegen bislang keine repräsentativen Individualdaten vor, und schließlich wird durch die amtliche Statistik nur eine recht begrenzte Zahl von Merkmalen erhoben.

3 Ausmaß und Erscheinungsformen der Suburbanisierung im Raum Berlin

Die residentielle Mobilität der Berliner Bevölkerung hat sich in den zurückliegenden Jahren drastisch erhöht. Bei anhaltendem negativen Trend der natürlichen Entwicklung der deutschen Bevölkerung wird die Einwohnerzahl Berlins heute vor allem durch die Zu- und Fortzüge bestimmt. Aber auch bei den Wanderungen entwickelt sich die deutsche Bevölkerung Berlins zunehmend rückläufig. Die Tabelle 1 vermittelt einen Überblick zunächst über die Entwicklung der gesamten Wohnmobilität der Berliner zwischen 1994 und 1997.

Im Jahre 1997 wechselten 11% der West-Berliner und 15% der Ost-Berliner deutschen Bevölkerung ihre Wohnung. Umgerechnet auf Haushalte, zogen damit knapp 6% der Haushalte des Westteils und 7,5% des Ostteils um. Damit erweisen sich Berliner Haushalte als überdurchschnittlich mobil. Die Wohnmobilitätsrate für Deutschland insgesamt liegt bei rd. vier bis fünf Prozent. Die höhere residentielle Mobilität der Berliner-Ost bedarf auf der Aggregatebene angesichts der familialen Wandlungen, der Wandlungen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt und anderer transformationsbedingter Veränderungen keiner weiteren ausführlichen Erklärung.

Zwischen 1994 und 1997 hat sich das Ausmaß der Wohnungswechsel bei Personen aus Berlin-West auf 129% und bei Personen aus Berlin-Ost auf 164% erhöht. Die größten Steigerungsraten stellen wir für West-Berliner bei den suburbanen Wanderungen (auf 224%) und bei den Umzügen im selben Bezirk (auf 144%) fest. Im Ostteil verzeichnen wir ebenfalls die stärkste Entwicklung bei den suburbanen Abwanderungen (auf 238%) und den Umzügen im selben Bezirk (auf 167%), aber hier haben auch die zwischenbezirklichen Umzüge erheblich zugenommen (auf 164%). Die Erhöhung bei den zwischenbezirklichen Umzügen im Ostteil geht vor allem auf die Konzentration des Wohnungsbaus auf wenige Bezirke zurück (Weißensee, Pankow, Treptow).

Geht man von der gesamten Wohnmobilität der Berliner aus, so zeigt sich, daß über 80% der Umzüge innerhalb Berlins vollzogen werden, was auf eine beachtliche Bindung der Einwohner mit ihrer Stadt hinweist.

Betrachten wir den verbleibenden Rest, also nur die Fortzüge über die Landesgrenze (Umzüge in andere Bundesländer und in das Ausland), dann zeigt sich, daß 36,7% der westberliner Fortzüge und 53,3% der ostberliner Fortzüge Abwanderungen in das Umland waren. Bezogen auf die gesamte Wohnmobilität, machten die Fortzüge in den Speckgürtel jedoch im Westteil nur 7,1% und im Ostteil 10,1% aus. Aus dieser Perspektive sind Schreckensszenarien über dramatische „Trecks“ ins Berliner Umland stark zu relativieren.

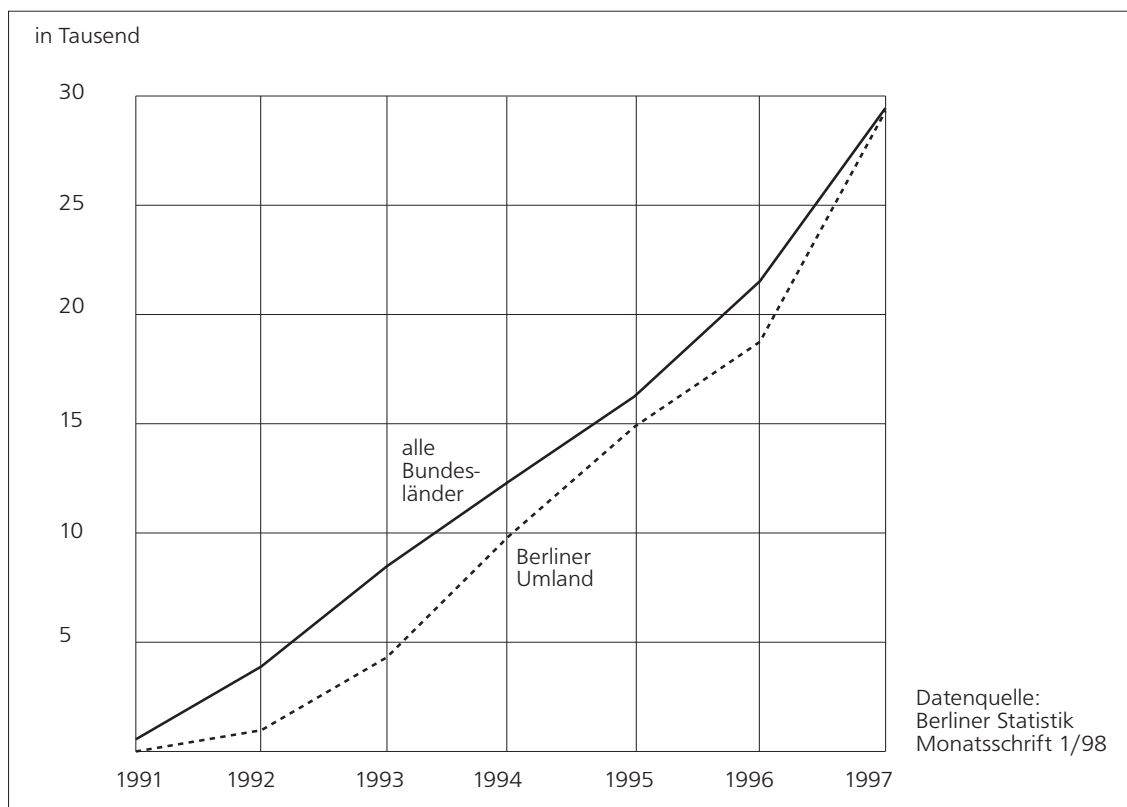
Gleichwohl haben wir es bei der Abwanderung von Personen und privaten Haushalten aus der Stadt Berlin in das Umland mit einem seit Jahren anhaltenden und bis 1997 sich verstärkenden Trend zu tun. Nur etwa ein Viertel der Fortzüge wird durch Zuzüge aus dem Speckgürtel wieder ausgeglichen, so daß sich erhebliche Negativsalden für Berlin ergeben, die in jedem Jahr deutlich zugenommen haben. Diese Tatsache wird mit Hilfe der Abbildung 1 veranschaulicht.

Tabelle 1: Wanderungen der Berliner Bevölkerung 1994 und 1997 (deutsche Personen)

Wanderungsströme	Berlin-West		Berlin-Ost		Berlin	
	1994	1997	1994	1997	1994	1997
absolut						
Binnen-Umzüge	154 096	198 801	96 304	159 064	250 400	357 865
im selben Bezirk	63 099	91 154	47 519	79 175	110 618	170 329
zwischen Bezirken	90 996	107 647	48 785	79 889	139 781	187 536
Umzüge über Landesgrenze	37 380	47 727	23 668	37 169	61 048	84 896
innerhalb Deutschlands (ohne Umland)	26 764	26 775	14 771	16 258	41 535	41 546
Umland	7 810	17 519	8 340	19 833	16 150	37 352
Umzüge ins Ausland	2 806	3 433	557	1 078	3 363	4 511
Insgesamt	191 476	246 528	119 972	196 233	311 448	442 761

Datenquelle: Statistisches Landesamt Berlin: Statistische Berichte. Wanderungen Berlin 1994 und 1997; eigene Berechnungen

Abbildung 1: Entwicklung der Wanderungsverluste Berlins (nur deutsche Personen)



In den ersten Jahren nach der Wende, bis 1993, stellen wir nur geringe Umland-Fortzüge fest.

Der negative Wanderungssaldo Berlins wird in dieser Zeit sehr stark durch Fortzüge westberliner Personen in die alten Bundesländer verursacht (vor allem verzogen ältere Personen nach Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern). Für sie hatte sich nach 1990 die Wohn- und Lebensqualität im ehemaligen ruhigen Wohnstandort Berlin-West gravierend verschlechtert.

Im Jahre 1994 waren dann bereits 80% des negativen Saldos auf Umlandfortzüge zurückzuführen, 1997 ergab sich das Wanderungsdefizit ausschließlich aus der Abwanderungsbewegung in den suburbanen Raum.

Das Wanderungsverhalten der Berliner Bevölkerung unterscheidet sich zwischen den Bezirken ganz erheblich. Tabelle 2 weist den Wanderungssaldo Berlins, spezifiziert nach Bezirken, für 1997 aus. Der gesamte Wanderungssaldo ist aufgesplittet nach dem Bevölkerungsaustausch zwischen den Berliner Bezirken, zwischen Berlin und den anderen Bundesländern und zwischen Berlin und seinem Umland (Brandenburger Teil des engeren Verflechtungsraums).

Die Tabelle 2 belegt, daß die Außenwanderungen für alle Berliner Bezirke (außer Köpenick) 1997 zu Bevölkerungsverlusten geführt haben. Während im Austausch mit allen Bundesländern (bei Eliminierung der Umlandabwanderungen) ein ausgeglichenes Ergebnis eintrat, folgte aus der Abwanderung in den suburbanen Raum ein Rückgang der Bevölkerung Berlins um neun deutsche Personen je 1 000 Einwohner. Dabei reichen die Verluste für die einzelnen Bezirke von vier Personen je 1 000 Einwohner für die westlichen Innenbezirke Kreuzberg, Wilmersdorf und Schöneberg bis zu 20 Personen je 1000 Einwohner für die Marzahn Großwohnsiedlung im Ostteil. Überdurchschnittliche Abwanderungsbewegungen ins Umland stellen wir in acht Bezirken fest: Marzahn, Hellersdorf, Hohenschönhausen, Mitte, Lichtenberg, Pankow, Spandau und Zehlendorf. Nach der Intensität der Fortzüge in das Brandenburger Umland sind drei Bezirksgruppen auszumachen:

1. die drei mächtigen Neubau-Wohnsiedlungen Marzahn, Hohenschönhausen und Hellersdorf, wo mit großem Abstand die stärksten Abwanderungen ins Umland festzustellen sind;
2. die östlichen Bezirke, aus denen im Vergleich zu den Westbezirken in höherem Maße in den suburbanen Raum fortgezogen wird;
3. die westlichen Innenbezirke, zu denen alle fünf Bezirke gehören, aus denen am geringsten ins Umland fortgezogen wird (Charlottenburg, Tiergarten, Kreuzberg, Wilmersdorf, Schöneberg).

Welche Begründungen bietet nun die soziologische Theorie, um das Ausmaß der Fortzüge aus dem Stadtgebiet, die bezirklichen Unterschiede und die Ost-West-Differenzen zu erklären?

Tabelle 2: Wanderungssalden Berlins nach Bezirken 1997 (Mobile deutsche Personen je 1000 Einwohner)

Bezirke	Umzüge zwischen den Bezirken	Wanderungen zwischen den Bundesländern		
		insgesamt	suburbaner Raum	alle Bundes- länder (ohne suburb. Raum)
Mobile deutsche Personen je 1000 Einwohner				
Berlin, Ostteil	3	-11	-11	0
Marzahn	-25	-23	-20	-3
Hellersdorf	0	-22	-17	-5
Hohenschönhausen	2	-16	-15	-1
Mitte	-19	-9	-13	4
Lichtenberg	-4	-11	-11	0
Pankow	44	-10	-11	1
Prenzlauer Berg	-31	-2	-9	7
Friedrichshain	-20	-2	-9	7
Treptow	29	-6	-6	0
Köpenick	16	0	-6	6
Weißensee	93	-3	-5	2
Berlin, Westteil	-2	-7	-6	-1
Spandau	13	-11	-10	-1
Zehlendorf	10	-10	-10	0
Reinickendorf	5	-11	-9	-2
Wedding	-18	-8	-8	0
Steglitz	9	-9	-7	-2
Tempelhof	8	-9	-6	-3
Neukölln	-6	-9	-6	-3
Charlottenburg	-5	-5	-5	0
Tiergarten	-21	-4	-5	1
Kreuzberg	-19	-6	-4	-2
Wilmersdorf	+1	-4	-4	0
Schöneberg	-11	-4	-4	0
Berlin, insgesamt	-	-9	-9	0

Datenquelle: Statistisches Landesamt Berlin: Statistische Berichte Wanderungen Berlin 1997

4 Theoretische Erklärungsansätze

Nach dem *traditionellen Klassen- und Schichtenmodell* strukturieren sich Lebenschancen und Lebenslagen in den einzelnen Lebensbereichen vor allem nach sozioökonomischen Merkmalen. Im Zentrum des Modells stehen die Beteiligung am Erwerbsleben, die berufliche Stellung und das Einkommen, d.h. insgesamt der sozioökonomische Status. So führt Glatzer 1980 aus: „Obwohl eine eindeutige Kumulation zwischen den Wohnbedingungen nicht vorliegt, besteht dennoch zwischen den Wohnbedingungen von Arbeitern und Nicht-Erwerbstätigenhaushalten einerseits und Selbständigen-, Beamten- und Angestelltenhaushalten andererseits ein deutlicher Kontrast“ (Glatzer 1980: 126). Auch andere Autoren gehen davon aus, daß die sozioökonomische Lage eine Hauptdeterminante für residentielle Mobilität darstellt: „Immer dient die Migration der Verbesserung der Lebenslage des/der Migranten“ (Hamm/Neumann 1996: 68). Ohne Zweifel lassen sich Aspekte der Wohnsituation mit Hilfe der Erwerbsbeteiligung und der beruflichen Stellung beschreiben. Eine Konzentration auf dieses Modell zur Analyse der Umlandabwanderungen hat aber den Nachteil, daß nicht alle mobilen Personen erfaßt werden und Unterschiede im Mobilitätsverhalten sozioökonomisch gleicher Gruppen nicht erklärt werden können. Auch lehren die Erfahrungen, daß Wohnstandortentscheidungen noch durch weitere Merkmale, wie z.B. Familien-, Haushalts- oder regionale Merkmale beeinflusst werden.

Der Gedanke, die Wohnsuburbanisierung mit Hilfe von Arbeitsmerkmalen, z.B. als eine Folge der Suburbanisierung von Wirtschaftsunternehmen (Ludwigsfelde, Dahlewitz, Hennigsdorf, Teltow), der riesigen Einzelhandelszentren, von Gewerbe- und Dienstleistungseinrichtungen zu deuten, weist auf den ersten Blick eine gewisse Plausibilität auf. Aber ein regionenweites einheitliches Arbeitsplatzdefizit sorgt dafür, daß Arbeitskräfte überall zur Verfügung stehen. Verbreitete Billiglohn-Konkurrenz in der Region verschärft das Problem. Aber selbst ein Arbeitsplatz würde bei den regionalen Distanzen und den vorhandenen Optionen für zirkuläre Mobilität einen Umzug nicht notwendig machen. Außerdem pendeln mehr Arbeitskräfte aus dem Brandenburger Umland nach Berlin als umgekehrt. Erwerbsergebnisse und -verläufe würden sich daher eher als ungeeignet zur Erklärung der Umland-Wohnmobilität erweisen. Zudem wissen wir, daß Nahumzüge viel stärker haushalts- und wohnungsbedingt und weniger arbeitsbedingt sind (Frick/Lahmann 1996: 260; Hinrichs 1996: 272).

Auch die mitunter geäußerte Vermutung, daß eine Konzentration sozioökonomisch deprivierter Gruppen in den Innenbereichen der Stadt, etwa von Ausländern, eine starke Rolle spielt und Ausgangspunkt von überdurchschnittlichen Fortzügen sei, findet für die Suburbanisierungsvorgänge im Berliner Raum eher keine Bestätigung. „Ausländer wohnen ... überwiegend in den Kernstädten der Ballungsgebiete. Innerhalb der Städte wiederum konzentrieren sie sich auf bestimmte Gebietstypen, die von bessergestellten deutschen Haushalten wegen Umweltbelastungen, schlechter Bausubstanz, unattraktiven Bauformen und Standortnachteilen gemieden werden“ (Häußermann/Siebel 1996: 206). Die Bezirke mit dem höchsten Anteil ausländischer Bevölkerung, wie Kreuzberg, Tiergarten, Schöneberg und Neukölln, weisen keineswegs überdurchschnittliche Fortzugsraten deutscher Familien ins Umland auf. Das Gegenteil ist der Fall: Es handelt sich um die Bezirke mit den geringsten Umzugsraten deutscher Bevölkerung in den suburbanen Raum. Eine Begründung dieses Fakts könnte lauten, daß die finanziellen Ressourcen der Familien einen

Wohnungswechsel ins Umland nicht erlauben. Aus den Bezirken Kreuzberg, Tiergarten und Schöneberg wird jedoch - soweit Fortzüge dieser Familien erfolgen - überdurchschnittlich in die Außenbezirke Neukölln, Spandau und Steglitz gewechselt, was eher kostspieliger ist.

Die räumliche Aufteilung der Bevölkerung vorrangig mit Hilfe von soziökonomischen Merkmalen zu erklären, gelingt immer weniger. Die längerfristig betrachtete, zugenommene Einkommensentwicklung, sozialstaatliche Förderinstrumente, verbesserte staatliche Eigenheimförderung und langfristige Kreditierungsmodelle der Banken haben die Optionen für Wohnstandortentscheidungen gravierend erweitert und gestatten z.B. auch immer mehr Arbeiter-Haushalten mit mittlerem Einkommen die Erfüllung ihrer Wohnwünsche.

Als weiterer soziologischer Zugang zum Verständnis der Suburbanisierungsprozesse kommt das *Lebensphasenkonzept* in Betracht. Nach diesem Konzept sind die entscheidenden Einflußgrößen auf die Wohnverhältnisse, also auch auf die Wohnmobilität und Wohnstandortwahl, die Merkmale Alter, Familienstand und Familienzyklus sowie Haushaltsgröße und Haushaltstyp. Diese Merkmale korrespondieren mit speziellen Wohnansprüchen und -wünschen und bedingen bestimmte Wohn- und Lebensweisen. „In der Tat erzeugt jede Familienphase eine spezielle Wohnungsnachfrage ...“ (Herlyn 1990: 22).

Die These erscheint attraktiv und führt zu der Erklärung, daß ein Wohnungswechsel ins Umland, wie jeder andere Wohnungswechsel auch, mit Ereignissen im individuellen Lebensverlauf wie Auszug aus dem Elternhaus, Zusammenziehen mit einem Partner, Geburt von Kindern usw. begründet werden kann. „Die Hauptmotive für Nahwanderungen sind weniger berufsbezogen, als durch Veränderungen im Lebenszyklus bedingt“ (Hamm/Neumann 1996: 75). Es erscheint sehr wahrscheinlich, daß sich die räumliche Aufteilung der Bevölkerung sowohl nach ökonomischen Kriterien als auch nach Alter, Familien- und Haushaltsmerkmalen vollzieht.

Das Lebensphasen-/Lebensformenkonzept als theoretischen Hintergrund zur Interpretation einer suburbanen Wohnstandortwahl zu benutzen, erscheint nicht nur theoretisch plausibel, auch gesellschaftliche Normvorstellungen und wohlfahrtsstaatliche Leistungen orientieren sich an diesem Konzept. So werden dringende Wohnansprüche, Raumbedarfe oder finanzielle sozialstaatliche Unterstützungsleistungen anhand von Familien- und Haushaltsmerkmalen definiert. Die gesamte Diskussion um ein „altersgerechtes Wohnen“ folgt der Logik dieses Konzepts.

Gleichwohl vermag auch dieses theoretische Konzept nicht alle Implikationen einer Wohnstandortwahl zu erfassen. Es hat primär die Nachfrage und die notwendige und gewünschte Wohnsituation nach der Lebensphase und dem Familien- und Haushaltstyp im Blick. Die ökonomische Leistungsfähigkeit der Haushalte, vor allem ihre finanziellen Ressourcen zur Verwirklichung der Wohnvorstellungen geraten hier eher an den Rand. Dies gilt auch für den regionalen Kontext, etwa die Baulandsituation oder den Wohnungsmarkt.

Als dritter soziologischer Erklärungshintergrund bietet sich das *Lebensstilkonzept* (Lütke 1989; Schulze 1992) an. Nach diesem Konzept läßt sich die Bevölkerung nach „allgemeinen Lebenszielen“, „bevorzugten Freizeitaktivitäten“ sowie nach „kulturellen Vorlieben“ und „Geschmacksmustern“ sinnvoll gruppieren. Es läßt sich folgern, daß die verschiedenen Stilgruppen auch unterschiedliche Wohn- und Lebensweisevorstellungen bezüglich Lage, Eigentumsform, Größe, Ausstattung, Umwelt usw. der Wohnung aufweisen und danach streben, diese zu verwirklichen. Auf diesen Zusammenhang hat Rudolph-Cleff nachdrücklich aufmerksam gemacht: „Die Entscheidung für einen *Wohnstandort* induziert/reflektiert einen gewählten Lebensstil“, und „die Entscheidung für eine bestimmte *Wohnform* induziert/reflektiert einen bestimmten Lebensstil“ (Rudolph-Cleff 1995: 232-233).

Eine Verteilung der Lebensstile in sozialräumlicher Perspektive, nach Ortstypen, hat Spellerberg ermittelt, und sie macht für Westdeutschland „Tendenzen aus, wie z.B. die bevorzugte Wohnlage in Großstädten von hedonistischen, engagierten, jüngeren Menschen mit vielseitigen kulturellen Interessen oder Vorlieben für das Dorf von der eher familienorientierten, jüngeren Gruppe und den beiden traditionellen, älteren Lebensstiltypen“. Für Ostdeutschland heißt es, „lassen sich die Lebensstile eindeutiger bestimmten Ortstypen zuordnen“ (Spellerberg 1997: 10-12). Allerdings ist nach Spellerberg die Verteilung der Lebensstile im geographischen Raum empirisch nicht immer trennscharf nachzuweisen: „Suburbanisierungsprozesse und der Ausbau der Infrastruktur haben ihre Wirkung gezeigt: In Städten und Dörfern sind hochkulturelle Lebensstile anzutreffen, ebenso wie sich traditionelle, ortsverbundene Lebensstile in allen Gemeindetypen finden lassen“ (Spellerberg: a.a.O.)

Bezüglich der Wohnstandortwahl gelangen Schneider und Spellerberg zu der Schlußfolgerung, „daß der Wunsch, in Eigenheimen zu wohnen, bei allen Lebensstilgruppen stark ausgeprägt ist. Das Mobilitätsverhalten hat sich insgesamt als weniger durch Lebensstile als durch die jeweiligen Anforderungen verschiedener Lebensphasen bestimmt gezeigt“ (Schneider/Spellerberg 1999: 275).

Zweifellos bereichert das Stilkonzept die Wohnforschung, da sich einige Seiten der Wohnsituation mit Stilfragen charakterisieren lassen. Die Wahl einer Dachgeschoßwohnung mit Dachgarten, die Bevorzugung der höchstgelegenen Wohnung im Hochhaus oder die Entscheidung für eine Maisonette-Wohnung können leicht als Stilisierung interpretiert werden. Ebenso einleuchtend ist, daß die Einrichtung einer Wohnung als Stilfrage zu begreifen ist.

Dieser soziologische Zugang erweist sich jedoch als weniger ausreichend für die Beschreibung komplexer Wohn-Sachverhalte. Zum einen ist das Konzept im Schwerpunkt auf der mentalen Ebene angesiedelt, es erfaßt vor allem die kulturell-ästhetische und die Freizeitdimension (die materiellen Bedingungen werden weitgehend auf eine intervenierende Funktion reduziert), und zum anderen sind Lebensstile individuelle Entscheidungen. Entscheidungen im Lebensbereich Wohnen werden aber überwiegend im Familien- und Haushaltskontext getroffen und gehen somit über individuelle Orientierungen und Ziele hinaus.

Neben diesen drei wesentlichen theoretischen Modellen zur Begründung von Wohnverhältnissen, existieren speziell für suburbane Wohnortentscheidungen einige stärker empirisch ausgerichtete Interpretationen. So wird davon ausgegangen, daß Umzugs-Ereignisse Anlaß für eine rationale Kosten-Nutzen-Abwägung sind und eine Wohnlösung im Umland für Familien preiswerter sei als in der Kernstadt. „Insbesondere Familien mit Kindern nehmen eine Güterabwägung vor, in der die Höhe der Miete und die Größe einer Wohnung sowie das Wohnumfeld in der Kernstadt gegen den Kauf eines Hauses im Umland abgewogen werden. Gemeinhin wird diese Kosten-Nutzen-Kalkulation dazu führen, sich für ein Eigenheim zu entscheiden“ (Friedrichs 1995: 105). Beim „rational choice“ haben wir es mit einem universellen Prinzip menschlichen Handelns zu tun, das zwar für alle Lebensbereiche gilt, dennoch - oder gerade deshalb - konkrete Entscheidungen nicht umfassend aufklären kann. Zum Beispiel würde dieses Prinzip nicht verständlich machen können, daß Berlin etwa fünfmal soviel an Einwohnern an das Umland verliert wie vergleichsweise Hamburg an Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Es ist davon auszugehen, daß sich Ereignisse im individuellen Lebensverlauf, die einen Wohnungswechsel konditionieren, zwischen Hamburg und Berlin nicht unterscheiden, und daß die Hamburger beim Wohnungswechsel ebenso rational handeln wie die Berliner.

Ferner gibt es, um der Historie Berlins gerecht zu werden, die Erklärung, daß der frühere Mangel an Gelegenheiten, sich im Umland anzusiedeln, eine nachholende Entwicklung in Gang gesetzt habe. Einwohner in Berlin-West waren durch die Insellage in ihren Wohnstandortwünschen massiv eingeschränkt und ausschließlich auf das Stadtgebiet verwiesen, soweit sie in der Region bleiben wollten. Einschränkungen gab es auch für Familien aus Berlin-Ost. Sie bestanden vor allem in mangelnden ökonomischen Voraussetzungen. Gleichwohl entstanden im östlichen Umland von Berlin in den 80er Jahren jährlich etwa 1000 individuelle Eigenheime. So vertritt Matthiesen die Auffassung, daß „der Fall des Berlin-Brandenburgischen Verflechtungsprozesses zunächst zwischen bloßem *Nachholen* von typischen Suburbanisierungsverläufen und eigenständigen Suburbanisierungspfaden zu changieren scheint“ (Matthiesen 1998: 246). Wenn die Nachhol-Begründung zuträfe, müßten Westberliner häufiger ins Brandenburger Umland ziehen als Ostberliner. In der Tat verzogen aber 1997 von 1000 Einwohnern Berlin-West acht Personen in den engeren Verflechtungsraum und von 1000 Einwohnern Berlin-Ost 15 Personen, d.h. Berliner-Ost zogen doppelt so häufig ins Umland.

Drittens schließlich ist die empirische Begründung verbreitet, wonach Wohnungsmerkmale (hier insbesondere der Wunsch nach Wohneigentum) und Wohnumweltmerkmale die entscheidenden unabhängigen Variablen für die Erklärung suburbaner Wohnortentscheidungen darstellen. „Im wesentlichen scheinen die Nahwanderungen abzuhängen von Art und Qualität des Wohnungsangebots“ (Hamm/Neumann 1996: 78). Oder, bezogen auf die neuen Bundesländer, schreibt Göddecke-Stellmann: „Bedingt durch die hohe Bautätigkeit hat sich in den Umlandkreisen das Wohnungsangebot stark ausgeweitet. Damit ist die räumliche Basis für Umzugswillige breiter und - eventuell - das Angebot im Umland auch attraktiver als in der Kernstadt geworden“ (Göddecke-Stellmann 1998: 23). Zwar verfügt Brandenburg über mehr Wohnungen je 100 Haushalte als Berlin (Brandenburg: 105 Wohnungen/100 Haushalte; Berlin: 100 Wohnungen/100 Haushalte), und innerhalb der Grenzen Berlins wurden relativ zur Bevölkerung auch weniger Wohnungen fertiggestellt als im Umland, aber im Ostteil - in der Region mit den überdurchschnittlichen Fortzügen - verzeichnen wir teilweise erhebliche Leerstände, und Wohnungsbaugesellschaften in Berlin werben intensiv um Mieter.

Daher ist die Aussage, daß die Nachfrage im Umland durch Wohnungsbaufördermaßnahmen „künstlich induziert“ (Maretske 1997: 2) wurde, für Berlin nur zum Teil zutreffend.

Selbst die sehr unterschiedlichen *Umweltbedingungen* in den Berliner Bezirken - ein Indikator, der ein starkes Umland-Großstadt-Gefälle zum Ausdruck bringt - lassen keinen systematischen Zusammenhang zu den Fortzügen erkennen, wie das etwa in anderen Regionen (Magdeburg) durchaus beobachtet werden kann. „Die Analyse der Umzugsgründe ... zeigt, daß für die überwiegende Mehrzahl neben dem Wunsch nach Wohneigentum das ungenügende Wohnumfeld zum Umzug motiviert hat“ (Harth/Herlyn/Scheller 1998: 198). In Berlin ist nicht festzustellen, daß Bezirke mit günstigeren Umweltbedingungen, etwa mit sehr hohen Anteilen an Wasser- und Grünflächen und geringen Anteilen an Verkehrsflächen, eher weniger verlassen würden. Zu Bezirken mit vorteilhafteren Umweltbedingungen in dieser Hinsicht zählen z.B. Pankow, Zehlendorf oder Spandau. Aber aus ihnen wird überdurchschnittlich ins Umland fortgezogen, während die umweltmäßig am meisten benachteiligten Bezirke Kreuzberg und Schöneberg die geringsten Fortzüge in den Brandenburger Verflechtungsraum aufweisen. Im übrigen ist das Stadtgebiet Berlin - verglichen mit anderen europäischen oder Welt-Metropolen - bezüglich solcher Indikatoren wie Vorkommen von Wasser, Wald und Parks, Reinhaltung der Luft u.a. Umweltindikatoren als sehr vorteilhaft einzustufen.

Die vorhandenen theoretischen Erklärungen und empirischen Begründungen bieten jeweils nur partielle Beschreibungen des Wohnstandort-Problems und können daher nicht das sehr unterschiedliche Ausmaß der Wohnsuburbanisierung in der West- und Osthälfte und zwischen den Berliner Bezirken hinreichend plausibel machen. Jeweils als Einzelkonzept oder -methode stellen sie auch keine ausreichende Grundlage für weitere interregionale Vergleiche dar.

5 Divergierende Bestimmungsgründe und Strategien der Suburbanisierung

5.1 Suburbane Wohnstandortentscheidung - eine gewünschte Wohn- und Lebensweise

Mit den dargelegten theoretischen Konzepten und empirischen Zugängen werden jeweils einzelne Einflußmerkmale besser oder schlechter beschrieben.

Um die Suburbanisierungstendenzen im Berliner Raum möglichst komplex und stringent erklären zu können, wird vorgeschlagen, die theoretischen Modelle und empirischen Begründungen nicht als konkurrierende Modelle zu betrachten.

Den stark subjektiven Konzepten von Lebensphasen und Lebensstilen kommt für die Konstituierung und Strukturierung von Wohnvorstellungen und Wohnwünschen eine determinierende Rolle zu. Die Verwirklichung der subjektiven Wohnziele mittels residentieller Mobilität erfordert aber ihre Konfrontation mit den objektiven Bedingungen, die sich besonders in Form der ökonomischen Haushaltsressourcen und der regionalen Voraussetzungen zeigen. Die objektiven Voraussetzungen und ökonomischen Ressourcen sind impliziter Ausdruck des Schichtenmodells. Die jeweilige spezielle Konstellation von Subjektivem und Objektivem bestimmt letztlich die Höhe der Risiken und Chancen des Entscheidungsprozesses für einen Wohnstandort.

In diesem Sinne wird angenommen, daß Bestimmungsgründe für eine Wohnstandortentscheidung und die Dynamik ihrer Realisierung zwischen gewählter Lebensform und praktiziertem Lebensstil, mithin der gewünschten Wohn- und Lebensweise, ökonomischen Ressourcen und dem regionalen Kontext oszillieren.

Dieser Erklärungsrahmen ist schematisch als Abbildung 2 dargestellt.

Abb. 2: Theoretisches Modell „Wohnstandortwahl“

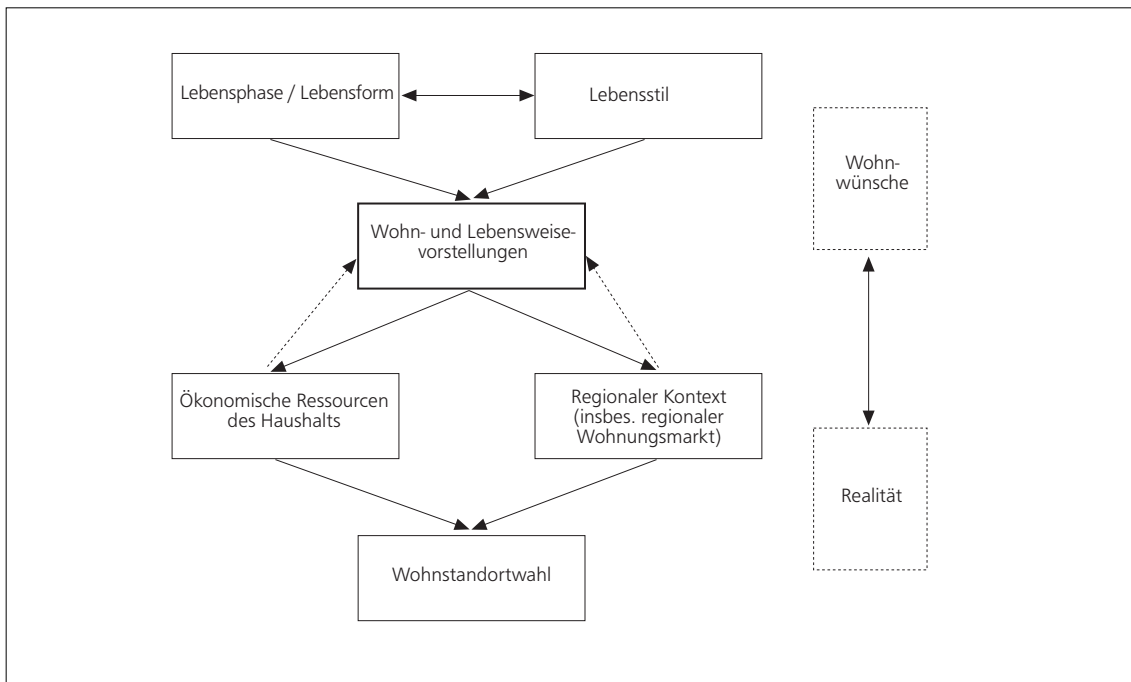


Abbildung 2 bringt zum Ausdruck, daß die jeweilige Lebensphase und die gewählte Lebensform (Familien-/Haushaltsform und Erwerbsstatus) in Ergänzung mit dem praktizierten Lebensstil eine spezielle Wohn- und Lebensweisevorstellung erzeugt. Die Handlungsmöglichkeiten zur Verwirklichung der Wohnvorstellungen ergeben sich aus der speziellen Kombination von subjektiven Wünschen, Ressourcen des Haushalts und dem regionalen Kontext. Die konkrete Kombination beinhaltet ein Spektrum an Optionen, das von einer völlig frei gewählten Wohnsituation, einer geduldeten und ertragenen bis hin zu einer aufgezwungenen Situation reichen kann. Angewandt auf unsere Fragestellung bedeutet dies, daß die suburbane Wohnstandortentscheidung gewünscht und gewollt sein kann, daß sich Menschen zur Abwanderung genötigt sehen können und daß wiederum andere Menschen einen bestehenden Wunsch nach einem Umzug ins Umland nicht verwirklichen können.

Mit der verwendeten statistischen Basis kann das Modell nur ansatzweise, hypothetisch, geprüft werden. Wir wollen zunächst nach plausiblen Begründungen und Datenhinweisen suchen, die die Erklärung einer innerstädtischen bzw. einer suburbanen Wohnstandortentscheidung mit Hilfe der Begriffe „Lebensphase“, „Lebensform“ und „Lebensstil“ rechtfertigen.

Die Definition der „Lebensphase“ ist vor allem an das Lebensalter gebunden, daher wird zunächst die Selektivität der Umlandfortzüge nach dem Alter nachgewiesen (Tabelle 3).

Am stärksten wird die Abwanderung ins Umland von den 30-44jährigen getragen. Die Aufteilung auf die Geschlechter ist in etwa paritätisch. Die ebenfalls überdurchschnittlich beteiligte Gruppe sind die Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren. Dies gilt für die Innen- und Außenbezirke und für West und Ost. So stellt in Korrespondenz zu diesem Ergebnis auch der Demograph Schwarz eine geringe Kinderfreundlichkeit der Stadt fest: „In einem vorherrschend städtischen Milieu ist eine Welt für Erwachsene entstanden“ (Schwarz 1997: 490).

Tabelle 3: Selektivität der Abwanderungen nach dem Alter - Angaben in Prozent

Region	unter 18 Jahren		18-29 Jahre		30-44 Jahre		45-59 Jahre		über 60 Jahre	
	Be- völke- rung	Ab- wan- derer	Be- völke- rung	Ab- wan- derer	Be- völke- rung	Ab- wan- derer	Be- völke- rung	Ab- wan- derer	Be- völke- rung	Ab- wan- derer
in %										
Innenbezirke										
West	16,6	21,1	15,8	14,8	28,1	39,1	21,2	16,0	18,3	8,7
Ost	15,4	19,8	20,1	16,7	26,6	30,5	19,4	19,5	18,5	3,1
Außenbezirke										
West	17,0	21,3	13,8	16,2	23,5	34,1	23,2	18,7	22,5	9,4
Ost	21,1	26,0	14,8	15,9	27,0	33,5	19,6	16,5	17,5	8,0
Berlin, Westteil	16,9	21,2	14,6	15,8	25,4	35,6	22,3	17,9	20,8	9,2
Berlin, Ostteil	19,0	24,0	16,8	16,2	26,8	32,5	19,5	17,5	17,9	9,7
Berlin, insgesamt	17,6	22,7	15,4	16,0	25,9	33,9	21,4	17,7	19,7	9,4

Datenquelle: Statistisches Landesamt Berlin: Sonderauswertungen; eigene Berechnungen

Personen im Alter von 18-29 Jahre ziehen entsprechend ihrem Anteil in der Bevölkerung aus der Stadt. Sie verlassen geringfügig über dem Durchschnitt die Außenbezirke und unterdurchschnittlich die Innenbezirke. Die Innenbezirke, insbesondere die östlichen, sind ein bevorzugtes Zielgebiet von Zuwanderungen junger Menschen aus anderen Bundesländern und die Bezirke Mitte, Friedrichshain und Prenzlauer Berg erreichen in dieser Altersgruppe erhebliche Wanderungsgewinne. Sie entwickeln sich offenbar zu den Hochburgen von Studenten und von Gruppen alternativer Milieus in der Stadt. Diese Altersgruppe stellt einen Teil der neuen „Erwachsenen“ des städtischen Milieus dar. Sie fühlt sich überwiegend zu großstädtischen Dienstleistungs- und Kulturmetropolen hingezogen, strömt in die Innenstädte und Berlin erreicht hier auch als Stadt insgesamt Wanderungsgewinne.

Die Altersgruppen ab 45 Jahre verlassen in sehr viel geringerem Maße die Stadt in Richtung Umland. Im regionalen Vergleich zeigt sich allerdings, daß Personen dieser Altersgruppen verstärkt aus den östlichen Innenbezirken (Mitte, Friedrichshain, Prenzlauer Berg, Lichtenberg) fortziehen. Hierfür kommen zwei Begründungen in Betracht. Zum einen hatten diese Gruppen zu DDR-Zeiten im damaligen Alter zwischen 30 und 44 Jahren weniger Gelegenheit für einen Umlandfortzug. Zum anderen kommen veränderte Bedingungen wie erhöhter Verkehrs- und Baulärm sowie umfangreiche Zuzüge jüngerer, nichterwerbstätiger Personen u.a. als Gründe in Betracht.

Tabelle 4: Selektivität der Abwanderungen nach Familienstand - Angaben in Prozent

Region	ledig		verheiratet		verwitwet		geschieden	
	Bevölke- rung	Abwan- derer	Bevölke- rung	Abwan- derer	Bevölke- rung	Abwan- derer	Bevölke- rung	Abwan- derer
in %								
Innenbezirke								
West	46,1	44,1	37,9	44,9	6,9	4,0	9,1	6,8
Ost	46,0	40,3	38,3	48,6	6,0	4,0	9,7	6,9
Außenbezirke								
West	38,2	42,1	45,1	47,0	8,4	4,3	8,3	6,4
Ost	41,2	43,6	44,6	46,7	5,6	2,9	8,6	6,5
Berlin, Westteil	41,4	42,7	42,1	46,4	7,8	4,2	8,7	6,6
Berlin, Ostteil	43,0	42,5	42,3	47,3	5,8	3,3	8,9	6,7
Berlin, insgesamt	42,0	42,6	42,2	46,9	7,0	3,7	8,8	6,6

Datenquelle: Statistisches Landesamt Berlin: Sonderauswertungen; eigene Berechnungen

In einem Alter ab 60 Jahre hat man sich am ehesten mit seiner Wohnsituation abgefunden. Diese Jahrgänge bleiben, wohl aus Mangel an Gelegenheiten oder weil bisheriger großstädtischer Wohnstandort und bisherige Umwelt ihre Wohn- und Lebensweise inzwischen verfestigt oder geprägt haben, überwiegend innerhalb der Stadt wohnen. Es sind die Jahrgänge, die eine weitere große Gruppe der „Erwachsenen“ des städtischen Milieus darstellen.

Als wirksamer Indikator, der auch die „Lebensphase“ und die „Lebensform“ beschreibt, kann der Familienstand gelten. Deshalb enthält die Tabelle 4 die Selektivität der Abwanderungen nach diesem Merkmal.

Die größte Gruppe der Suburbanisierer sind Partner im Alter von 30-44 Jahren, die in einer Ehe leben. Überwiegend sind in der Ehe gemeinsame Kinder vorhanden, worauf die überdurchschnittliche Zahl der unter 18jährigen hindeutet. Familienzyklisch befindet man sich in der Gründungs- oder Expansionsphase. Als Haushalt läßt sich der typische Umlandabwanderer als Partnerhaushalt mit Kindern bezeichnen.

Ledige erwachsene Personen sind fast gar nicht an der Umlandabwanderung beteiligt. Als „Ledige“ werden auch Kinder erfaßt, die überproportional die Stadt verlassen, dennoch liegen die ledigen Abwanderer aus den Innenbezirken West und Ost unter ihrem Anteil an der Bevölkerung. Die überdurchschnittliche Zahl der Kinder wirkt sich nur in den Außenbezirken auf die Gruppe der ledigen Abwanderer geringfügig aus.

Verwitwete und geschiedene Personen beteiligten sich weit unter ihrem Bevölkerungsanteil an der Umlandabwanderung. So schreibt auch Strohmeier, bezogen auf die Innenstadt von Bielefeld, „insgesamt kann davon ausgegangen werden, daß der Grad der verwandtschaftlichen Vernetzung der Generationen insbesondere in den innerstädtischen Mittelschichten, die überwiegend in Nicht-Familienhaushalten leben, nur äußerst gering ist“ (Strohmeier 1996: 77).

Tabelle 5: Räumliche Verteilung der Haushaltstypen in Berlin-Brandenburg 1996 („Anteil an allen Haushalten“)- Angaben in Prozent

Regionale Einheiten	1-Personen-	Partner-	Partner-	übrige Haushalte*
	Haushalte	Haushalte ohne Kinder	Haushalte mit Kindern	
in %				
Innenbezirke				
West	53	24	15	8
Ost	48	22	20	10
Außenbezirke				
West	46	25	23	6
Ost	34	26	31	9
An Berlin grenzende Kreise in Brandenburg	29	26	36	9

* Die „übrigen Haushalte“ bilden „Alleinerziehende-Haushalte“ und „sonstige Haushalte“, die keinem Typ zugeordnet werden können;

Datenquelle: Statistische Jahrbücher 1997 der Länder Berlin und Brandenburg; eigene Berechnungen

Indikatoren des Lebensstils stehen mit der amtlichen Statistik nicht zu Verfügung, so daß eine Prüfung unseres Konzepts aus dieser Sicht einem späteren soziologisch-empirischen Zugang vorbehalten bleiben muß.

Aus der Sicht von Lebensphase und Lebensform läßt sich bisher feststellen, daß Personen, die am wenigsten ins Umland umziehen und am ehesten die Innenstadt als Wohnstandort präferieren, zwischen 18 und 30 Jahre alt, ledig und ohne Kinder sind. Als weitere Gruppen bewohnen vor allem Alleinlebende aller Altersjahrgänge und die Älteren das Stadtgebiet. Partner im mittleren Alter ohne Kinder sind relativ gleichmäßig in den Innenstädten und im Umland verteilt.

Jene Gruppen, die am stärksten einen Wohnstandort im Umland suchen, sind demgegenüber zwischen 30 und 45 Jahre alt, verheiratet und haben Kinder. Zum Teil verziehen auch verheiratete Personen jenseits des 45. Lebensjahres („empty nest“) in den suburbanen Raum.

Tabelle 5 zeigt die räumliche Verteilung der Haushaltstypen (implizite Merkmale der Typen sind das Alter, die Haushaltsgröße und die Existenz von Kindern im Haushalt) innerhalb des Stadtgebietes Berlin und in den angrenzenden Kreisen im Land Brandenburg.

Wir halten es für angemessen, auf Grund der Unterschiede, die sich nach den Wohnstandorten in der Lebensphase sowie der Familien- und Haushaltsform zeigen, von verschiedenen „Wohn- und Lebensweisen“ bzw. von sozialräumlichen Lebenskonzepten zu sprechen.

Danach finden wir eine überwiegend „traditionsorientiert-familiengebundene“ und eine dominierend „modern-individualisierte“ Wohn- und Lebensweise vor. Beide Lebensweisen sind stark altersabhängig, lebensphasengeprägt. Mit einer stark traditionsorientiert-familiengebundenen Lebensweise verbinden sich Ehe- und Kinderwunsch, Ortsverbundenheit, Häuslichkeit und teilweise Zurückgezogenheit. Vertreter dieser Lebensvorstellung fühlen sich in aller Regel in traditionellen, überschaubaren und beständigen Gemeinschaften wohl, z.B. mit einem Ehepartner und Kindern

oder in funktionierenden Nachbarschaften. Freizeit, Unterhaltung und Erlebnis konzentrieren sich häufig auf Wohnung und Haus sowie das unmittelbare Wohnumfeld und die Nachbarn. Es kann vermutet werden, daß sich eine tradiert-familiengebundene Lebensform und Lebensweise besser im Umland der Städte oder in kleineren Ortschaften verwirklichen läßt und Vertreter dieser Lebensvorstellung das auch so wahrnehmen.

Vertreter einer betont modern-individualisierten Lebensweise leben häufiger allein oder in Zweisamkeit ohne Kinder. Sie befinden sich in der Regel im jüngeren und mittleren Lebensalter. Für sie stehen Aufgeschlossenheit und Interesse für allgemeinere Entwicklungen stärker im Vordergrund. Distinktion, Expression und Stilisierung sind von besonderer Bedeutung für sie. Sie sind kultur- und sportinteressiert, überdurchschnittlich erlebnisorientiert und eher außerhäuslich aktiv. Dauerhafte soziale Netze, auch Intergenerationennetzwerke, sind eher selten, stärker kennzeichnend ist eine situative, zeitlich befristete Bindung an Gruppen. Räumlich läßt sich eine solche Lebensweise günstiger in den Innenbereichen der großen Städte praktizieren, was dazu führt, daß Umlandfortzüge kaum vorgenommen werden.

Bei Älteren, die in der Stadt verbleiben, kann nicht immer von einer freien Wahl der Wohn- und Lebensweise ausgegangen werden. In diesen Fällen haben Gewöhnung und eingeschränkte Optionen sicher einen stärkeren Einfluß.

Nicht nur aus theoretischer Sicht scheint eine Einteilung in sozialräumliche Wohn- und Lebensweisen realistisch, sondern sie entspricht auch unserer alltäglichen Erfahrung. Das Wohnen und Leben in der Innenstadt oder im Umland der Städte erfordert und bewirkt eine unterschiedliche Art des Arrangements des Alltags. So stellen sich für den Umlandbewohner die alltägliche zirkuläre Mobilität (Pendeln zur Arbeit), die Zeitverwendung (höhere Fahrzeiten und entsprechend geringere Zeitverwendung für andere Tätigkeiten), das Einkaufsverhalten (Sonnabend-Einkauf in der Innenstadt) oder die Rahmenbedingungen für den Kultur- und Kunstgenuß anders dar als für den Bewohner in der Kernstadt. All dies erfordert eine unterschiedliche Rhythmik des Alltags. Auch unterschiedliche Wohn-Umweltbedingungen in der Innenstadt und im Umland, eine unterschiedliche Beziehung zur Natur und andere Verschiedenheiten beeinflussen die Lebensweise.

Die Wohnvorstellungen, die Ausdruck antizipierter bzw. praktizierter Lebensformen und Lebensweise sind, unterliegen einer permanenten Evaluierung anhand der aktuellen Wohnbedingungen und der individuellen ökonomischen Möglichkeiten. Erreichen Widersprüche zwischen den bilanzierten Größen eine kritische Grenze, d.h. führt die Bewertung zur Feststellung von Defiziten und Unzufriedenheit, wird ein Umzug, von dem qualitative Verbesserungen im Sinne der gewünschten Lebensform/-weise erwartet werden, vorgenommen.

Die verwendeten statistischen Indikatoren Alter, Familienstand und Haushaltstyp belegen die Wirksamkeit des Lebensphasen- und Lebensformenkonzepts. Eine gewählte Lebensform, womit eine lebensphasenbezogene Familien- und Haushaltsform, der Erwerbsstatus und eine bestimmte Art des Arrangements des Alltags verstanden wird, bedingen unterschiedliche sozialräumliche Wohn- und Lebensweisen. Danach sind sowohl die großen Ost-West-Unterschiede als auch die bezirklichen Differenzen bei der Wohnstandortwahl (entsprechend Tabelle 1) als Erscheinung dafür zu interpretieren, daß Lebensformen und bevorzugte Lebensweisen in Berlin-West bzw. Berlin-Ost und in den Bezirken zum einen unterschiedlich verbreitet sind, zum anderen, daß auch Chancen und Strategien ihrer wohnungsmäßigen Umsetzung unterschiedlich vorhanden sind.

Wohnstandort und Wohnform folgen nicht nur einer gewählten Lebensvorstellung, die sich in einer bestimmten Lebensform und Lebensweise manifestiert. Von großem Einfluß sind auch die Ressourcen zur Verwirklichung des gewählten Lebenskonzepts. Im nächsten Abschnitt wird deshalb untersucht, inwieweit die regionalen und die Haushaltsressourcen die Umlandabwanderung beeinflussen.

5.2 Suburbane Wohnstandortentscheidung - eine Ressourcenoptimierung

Ein zentraler Einfluß auf die Verwirklichung von Lebenskonzepten geht im allgemeinen von der Haushaltsressource „Einkommen“ aus. Natürlich wird das Einkommen bei Wohnortveränderungen durch die Einwohnerämter und die amtliche Statistik nicht erfaßt. Als indirekten Indikator für die Ressourcensituation der Haushalte wählen wir daher den Erwerbsstatus. Die Realisierung einer Lebensform mit Familie und Kindern durch die Umlandwanderer ist an ökonomische Voraussetzungen gebunden und erfordert eine feste materielle Perspektive, die insbesondere von der Erwerbstätigkeit abhängig ist. Von daher erscheint es nicht überraschend, daß die fortziehenden erwachsenen Personen überwiegend erwerbstätig sind und so ein regelmäßiges und sicheres Einkommen realisieren können. Der Anteil der Erwerbstätigen unter jenen, die Berlin in Richtung Brandenburg verlassen, ist weit höher als der Anteil in der Berliner bzw. der Brandenburger Bevölkerung insgesamt.

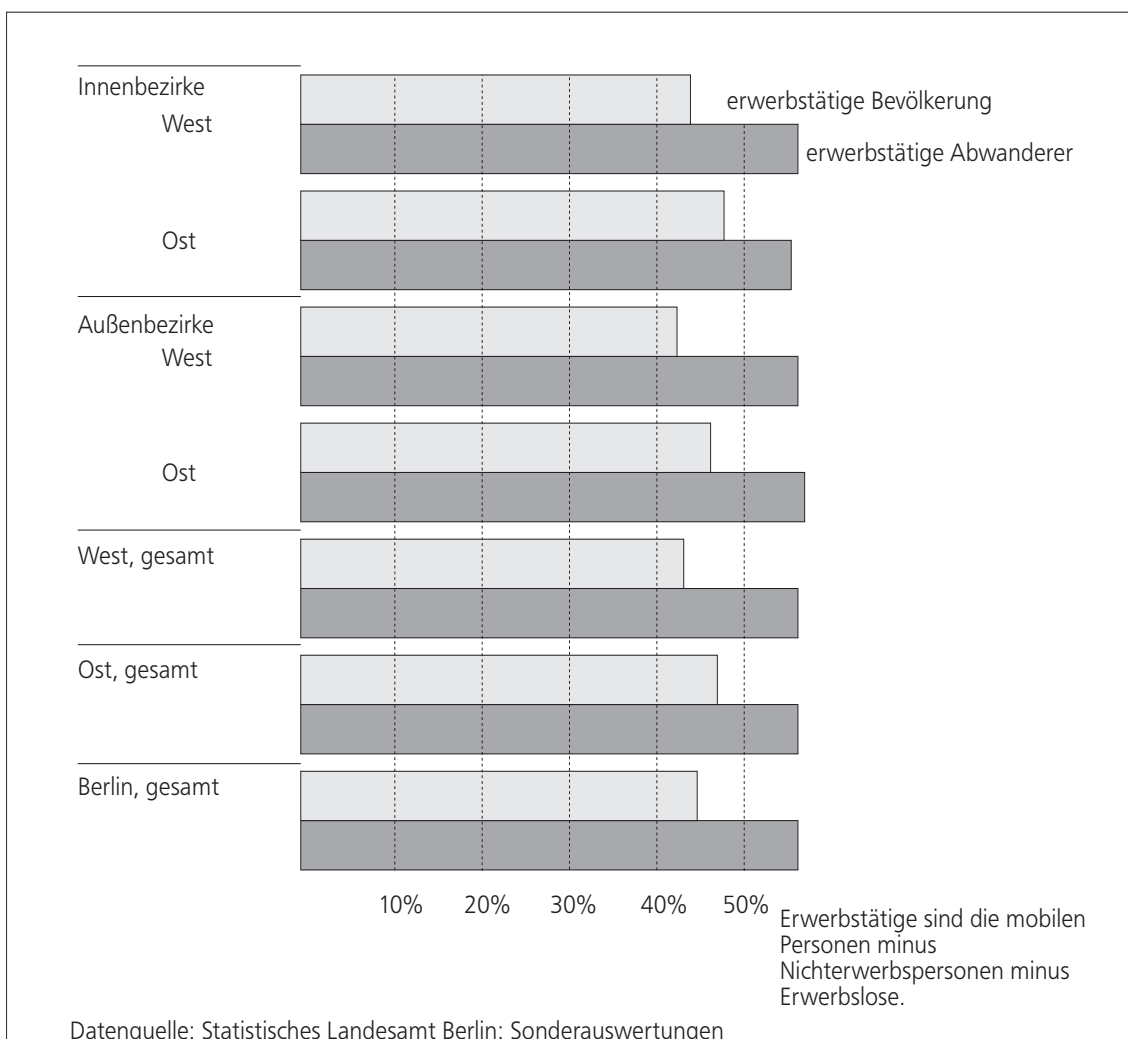
Da dieser Trend sich kaum verändert, andererseits in Berlin nennenswert keine weiteren Arbeitsplätze entstehen, wird Berlin tendenziell häufiger der Wohnstandort von Nichterwerbstätigen und Erwerbslosen. Auch sie zählen - neben den bereits genannten Gruppen - in zunehmendem Ausmaß zu den neuen Erwachsenen in den Innenstädten. Die Abwanderung nach dem Merkmal „Erwerbsstatus“ zeigt Abbildung 3.

Die Rolle der Ressourcen ist aus drei Perspektiven zu betrachten. *Erstens* wird - wie oben erwähnt - durch die Suburbanisierungsforschung dem Einkommen ein starker Einfluß für die Wahl des Wohnstandortes Umland versus Innenstadt nachgesagt. Danach verlassen vor allem Haushalte mit einem überdurchschnittlichen Einkommen die Innenstädte. „Es kann davon ausgegangen werden, daß allein die Suburbanisierungsprozesse der 60er und 70er Jahre, gerade in bessergestellten Bevölkerungsschichten, für unscharfe Grenzen zwischen Stadt und Land gesorgt haben“ (Spellerberg: a.a.O.). „Zahlreiche Studien zum Phänomen Stadt-Umlandwanderung wiesen nach, daß die aus der Stadt abwandernde Bevölkerungsgruppe vor allem Familien mit mittlerem bis hohem Einkommen sind, welche eine Wohnwertverbesserung anstreben. Dies scheint auch für Berlin zuzutreffen“ (Wolke 1998: 79). *Zweitens* wird, diametral zu dieser These, davon ausgegangen, daß sich im Umland eine preiswertere Wohnlösung findet als in der Kernstadt. *Drittens* schließlich zeigt sich der Ressourceneinfluß dann, wenn vorhandene Wohn-, Verkehrs- und Umweltbedingungen im Stadtgebiet mit denen im suburbanen Raum verglichen werden.

Wenden wir uns dem *ersten* Argument zu, daß vor allem Besserverdienende einen Wohnstandort im Umland wählen, zu. Von den erwachsenen Abwanderern sind nahezu alle erwerbstätig, so daß die Einkommen - gemessen am Durchschnitt der Bevölkerung insgesamt - überdurchschnittlich ausfallen. Das gilt für alle Berliner Bezirke und beide Stadtteile. Geht man von der Einkommenssituation nur der Erwerbstätigen aus, dann läßt sich aus den differenzierten bezirklichen Einkommensstrukturen jedoch schlußfolgern, daß vor allem Familienhaushalte mit mittlerem individuellem Einkommen Berlin in Richtung Umland verlassen. Die Suburbanisierer aus dem Westteil rekrutieren sich insbesondere aus Bezirken mit einem höheren individuellen Einkommen. Da die Erwerbsquote der Haushalte geringer ist als im Ostteil, geraten sie in Richtung der mittleren Haushaltseinkommen.

Die Suburbanisierer aus dem Ostteil hingegen kommen eher aus Bezirken, in denen der Anteil an Personen mit einem höheren individuellen Einkommen (über 3 000 DM) weit unter dem Berliner Durchschnitt liegt (z.B. Friedrichshain, Lichtenberg, Pankow und die drei jungen Bezirke Marzahn,

Abbildung 3: Selektivität der Abwanderungen nach Erwerbsstatus
(Anteil Erwerbstätiger an der Bevölkerung und den Abgewanderten)



Hohenschönhausen und Hellersdorf). Da hier aber häufiger zwei Einkommensbezieher im Haushalt leben, können die mobilen Haushalte in Richtung mittlerer Berliner Haushaltseinkommen aufschließen.

Wahrscheinlich ist indes, daß der Einfluß des Einkommens nicht per se stark ist, sondern im engen Zusammenhang mit der regionalen Wohnungsmarktsituation wirkt. Bei einem knappen und damit ausschließlich teuren Wohnungsangebot im Umland (möglicherweise die Situation der 60er und 70er Jahre in Westdeutschland) dürfte der Einfluß des Einkommens wirksamer sein. Von dieser Situation ist bei den ostdeutschen Großstädten derzeit nicht auszugehen. Im Umkreis der ostdeutschen Großstädte (Berlin, Chemnitz, Leipzig, Magdeburg, Potsdam, Rostock, Schwerin und Zwickau) sind in den Jahren seit 1995 Wohnungen in historisch einmaligen Größenordnungen

fertiggestellt worden. Unterschätzt werden darf in diesem Zusammenhang auch nicht die Wirkung der am 01.01.1996 eingeführten einheitlichen staatlichen Eigenheimzulage, durch die die ökonomischen Risiken beim Erwerb von Wohneigentum merklich gemindert wurden. Diese Regelung führte dazu, daß auch Haushalten mit mittlerem Einkommen und sogenannten Schwellenhaushalten der Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums erleichtert wurde.

Das *zweite* Argument, daß Umlandabwanderer preiswertere Wohnlösungen vorfinden, geht ebenfalls von einer einseitigen Angebotsstruktur auf dem Wohnungsmarkt aus: teure Eigentums- und Mietwohnungen in der Innenstadt und vergleichsweise preiswerte Eigenheime im Umland. Für die Region Berlin-Brandenburg ist auch diese Struktur unzutreffend. Zunehmend kann hier seit der Wende sowohl in der Innenstadt als auch im Umland jeweils auf gehobene, teure Angebote als auch auf einen preiswerteren Durchschnittsstandard zurückgegriffen werden, und dies im Eigentums- wie im Mietersegment.

Die Wahlmöglichkeiten im Berliner Umland reichen von der aufwendig gebauten Stadtvilla, dem freistehenden Eigenheim und der „Wohnpark“-Mietwohnung bis zur instandgesetzten, preiswerten Konversionswohnung (Wohnungen der ehemaligen sowjetischen Streitkräfte). Die Wahlmöglichkeiten innerhalb der Stadt sind ebenso breit: von der Dahlemer Traumvilla über die exklusive Eigentumswohnung am Potsdamer Platz bis zur preiswerten Miet- oder Genossenschaftswohnung in Hellersdorf.

Sowohl innerhalb Berlins wie im Umland eröffnen sich Wohnstandortoptionen für ein breites Einkommensspektrum.

Mit dem Einfluß von längerfristigen Lebensorientierungen und Wohnvorstellungen für suburbane Wohnortentscheidungen und mit der Relativierung der Rolle des Einkommens wird keineswegs in Abrede gestellt, daß die Realisierung dieser Vorstellungen ökonomisch möglichst rational und optimal vollzogen wird, wie durch Mobilitätsanalysen empirisch festgestellt werden konnte. Gerade im Falle Berlin-Brandenburg ist das überaus einsichtig, da „95% aller neugebauten Wohnungen im Speckgürtel von Kapitalanlegern aus den alten Bundesländern finanziert“ wurden (Matthiesen 1998: 250), mit Quadratmeterpreisen zwischen 4 000 bis 6 000 DM. Um die Wohnobjekte gewinnbringend verkaufen oder vermieten zu können, sind die Preise entsprechend hoch. 30-40% der Wohnungen stehen wegen zu geringer Kaufkraft leer.

Auch die unter *drittens* genannte Variante der Ressourcenoptimierung - ein Vergleich der Lebensbedingungen in der Kernstadt mit denen im Umland - ist ein Wirkungsfaktor für die besonders zügige Suburbanisierung im Ostteil der Stadt. Er besteht in erster Linie in defizitären Wohnbedingungen in der Wegzugsregion. Als Hauptgründe von Wohnungswechseln kürzerer Distanz gelten Familien- und Wohnungsgründe, insbesondere eine defizitäre Wohnungsgröße (Hinrichs 1997: 387-388; Schneider 1997: 13-16). Die Bewohner der östlichen Großsiedlungen in den Bezirken Marzahn, Hohenschönhausen und Hellersdorf, die extrem häufig ihre Wohnungen verlassen, verfügen mit 29 qm Wohnfläche je Einwohner über die geringsten Flächen von allen Bezirken, bei einem gesamten Berliner Durchschnitt von 37 qm je Einwohner.

Lichtenberg, ebenfalls ein östlicher Bezirk mit überdurchschnittlichen Umland-Fortzügen, verfügt mit 32 qm Wohnfläche über eine ähnlich geringe durchschnittliche Wohnungsgröße wie die drei Großsiedlungen am östlichen Stadtrand. Weniger bekannt ist, daß auch dieser Bezirk neben teils maroden restitutionsbehafteten Altbaubeständen große Areale von DDR-Neubauwohnungen aufweist (z.B. „Am Tierpark“, „Frankfurter-Allee Süd“, „Fennpfuhl“, „Rosenfelder Ring“), die die Durchschnittsgröße der Wohnungen negativ beeinflussen.

Im Bezirk Mitte dürfte die Realisierung bestehender suburbaner Wohnwünsche durch die maßlose Verkehrsbelastung, die radikalen baulichen Veränderungen und die aus dem Baugeschehen resultierenden Behinderungen beflügelt werden. Der Verkehrslärm in den Berliner Bezirken hat sich zur stärksten Beeinträchtigung von Wohnqualität und Wohnzufriedenheit entwickelt, wie durch eine Studie der TU Berlin in Hohenschönhausen ermittelt wurde (vgl. hierzu: Berliner Zeitung vom 20.10.1998 „Verkehrslärm nervt am meisten“). Ziehen wir als Indikator für das Verkehrsaufkommen und die Verkehrsbelastung die Zahl der Verkehrsunfälle je 1000 Einwohner heran, dann überrascht die hohe Abwanderungsrate aus Berlin-Mitte nicht. Während in Berlin insgesamt jährlich 44 Verkehrsunfälle je 1000 Einwohner auf Grund eines hohen Verkehrsaufkommens registriert wurden (1997), geschahen im Verkehrsknoten Bezirk Mitte 96 Unfälle.

Insgesamt dürften suburbane Lebens- und Wohnwünsche im Ostteil zudem Gewicht erhalten durch das gegenüber dem Westteil erheblich ungünstigere Verhältnis von Wohnstandard - Mietpreisen - Einkommen (Wild 1997: 24). Berliner zahlen in der Osthälfte der Stadt bei geringerem Wohnstandard und geringerem Einkommen höhere Mietpreise für Altbauwohnungen. Dies gilt überdurchschnittlich für restitutionsbehaftete Wohnungen in der Innenstadt, die sich auch 1997/98 mehrheitlich noch in einem beklagenswerten Zustand befanden. Diese Einflüsse allein können nicht den intensiveren Suburbanisierungstrend erklären - immerhin bestehen in Berlin Optionen, die defizitären Bedingungen auch mittels Umzügen innerhalb der Stadt zu überwinden - aber sie beeinflussen die Suburbanisierungsdynamik merklich. Auch andere Untersuchungen gelangen zu dem Ergebnis, daß „Abwanderungen also als Folge des begrenzten städtischen Wohnungsmarktes gelten“ können und „viele Menschen den Kernstädten den Rücken zugewandt haben, auch wenn sie eigentlich viel lieber in der Stadt wohnen geblieben wären“ (Harth/Herlyn/Scheller 1998: 195).

Dabei haben wir es bei den „Begrenzungen“ des städtischen Wohnungsmarktes nicht mit einem existenziellen Versorgungsproblem und einem Mangel an Wohnungen zu tun, sondern sie ergeben sich aus Optimierungsüberlegungen beim Nachfrager hinsichtlich der Größe, Lage, Umwelt, Sicherheit und der Kosten der Wohnung. Die Wohnung soll in diesen Merkmalen den gewünschten Wohn- und Lebensvorstellungen möglichst weitgehend entsprechen.

Die Tabelle 6 belegt die Tatsache, daß sich die Umlandwanderung nicht auf ausgebliebene Wohnungsangebote innerhalb der Stadt zurückführen läßt.

Im Stadtgebiet von Berlin wurde das Wohnungsangebot in den letzten Jahren erheblich erweitert, der Bestand erreichte 1997 ein in etwa ausgeglichenes Verhältnis von 98 Wohnungen für 100 Haushalte. Im Ostteil, aus dem überdurchschnittlich viele Haushalte ins Umland ziehen, betrug der Wohnungsbestand sogar 102 Wohnungen pro 100 Haushalte. Die Tabelle zeigt auch, daß ein Fortzug ins Umland keineswegs - wie häufig in Literatur und Medien zu finden - mit dem Bau eines Eigenheims begründet werden kann. Immerhin waren 1997 60% der im Berliner Umland gebauten Wohnungen Mietwohnungen. Wenn man ferner berücksichtigt, daß ein Teil der neuen Wohnungen in 1- und 2-Familienhäusern von Zugewanderten aus anderen Bundesländern bezogen wurde, ein weiterer Teil sicherlich Brandenburger Haushalten zugute kam, wurde ein großer Teil jener 37 352 Personen, die 1997 aus Berlin abwanderten, eher nicht Besitzer eines neuen Eigenheims. Nach Vogenauer/Schulz ergaben Befragungen, daß sogar „der überwiegende Teil der neuen Bewohner (im Berliner Umland, d. Verf.) Mieter sind“ (Vogenauer/Schulz 1998: 26).

Tabelle 6: Fertiggestellte Wohnungen im Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg 1992-1997
(Anzahl gebauter Wohnungen und Zahl der Abwanderer)

Jahr	Berlin, Westteil	Berlin, Ostteil	suburbaner Raum		Abwanderer
			insgesamt	darunter in 1- und 2-Familien- häusern	
absolut					
1992	8 708	2 198	252	234	6 231
1993	8 344	1 071	2 390	1 638	9 967
1994	6 640	4 737	7 588	3 577	16 046
1995	8 230	7 622	10 813	4 199	21 579
1996	7 601	15 143	19 164	7 042	26 933
1997	9 157	23 808	21 004	8 548	37 352

Datenquelle: Statistisches Landesamt Berlin und Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg: Sonderauswertungen

5.3 Suburbane Wohnstandortentscheidung - Nutzung regionaler Bedingungen

Das Umland von Berlin besteht noch zu großen Teilen aus unbebauten Flächen, Wäldern, Seen und Naturreiservaten. In Berlin leben 3 883 Menschen pro km², im Brandenburger Teil des engeren Verflechtungsraums sind es 175 Menschen pro km². Eine derartig hohe Differenz in der Bevölkerungsdichte gibt es in keiner westdeutschen Großstadt-Region, hier finden wir großflächig geschlossene Bebauungen vor. Einer weiteren Suburbanisierung im Umfeld westdeutscher Großstädte sind aus dieser Sicht bereits enge Grenzen gesetzt. Die begünstigenden natürlichen Voraussetzungen in den neuen Ländern machen zwar zum Teil das hohe Suburbanisierungstempo verständlich, sie können aber keineswegs die Differenzen zwischen Berlin-West- und Berlin-Ost und zwischen den Berliner Bezirken erklären.

Die jahrzehntelange Trennung der Stadt hat nicht nur zu unterschiedlichen Lebensweisevorstellungen und divergenten Wohnverhältnissen geführt, sondern auch zu unterschiedlichen regionalen Ausrichtungen der Wohnortwechsel bei traditionellen West- und Ost-Berlinern.

Daß solche Besonderheiten, die als weitere Einflußfaktoren wirken, existieren, geht aus Tabelle 7 hervor.

Aus Tabelle 7 wird ersichtlich, daß das östliche Berlin sehr viel stärker - besonders im Hinblick auf die Fortzüge, aber auch bei den Zuzügen - als Berlin-West mit dem Brandenburger Verflechtungsraum verbunden ist. 55% aller Fortzüge in das Bundesgebiet aus Berlin-Ost erfolgten in das Brandenburger Umland, während es bei den westberliner Fortzügen in andere Bundesländer nur 40% waren. Berlin-West ist historisch bedingt noch sehr viel enger mit den alten Bundesländern

Tabelle 7: Wanderungsverflechtungen Berlins mit dem Bundesgebiet 1997 (deutsche Bevölkerung)
 - Angaben in Prozent

Fortzüge/Zuzüge	Fortzüge			Zuzüge		
	in alte Bundesländer	in neue Bundesländer	in Brandenburger Verflechtungsraum	aus alten Bundesländern	aus neuen Bundesländern	aus Brandenburger Verflechtungsraum
in %						
Berlin, Westteil	50	10	40	68	14	18
Berlin, Ostteil	22	23	55	39	37	24
Berlin, insgesamt	39	15	46	56	24	20

Datenquelle: Statistisches Landesamt Berlin: Statistische Berichte Wanderungen Berlin 1997

verflochten. Aus diesen Ländern erfolgten 68% aller Zuzüge nach Berlin-West, und Personen aus dem Westteil setzten ihre Wohnvorstellungen gemäß einer traditionsorientiert-familiengebundenen Lebensweise häufig noch mittels Übersiedelung nach Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen oder Bayern um. Auch ältere Personen, wenn sie einen außerhalb Berlins liegenden Wohnstandort wünschten, wählten diese Zielgebiete häufig als Alterswohnsitz.

Es wird offenkundig, daß der übermäßige Suburbanisierungstrend der Ostberliner neben der vergleichsweise häufigeren Verbreitung einer traditionsorientiert-familiengebundenen Wohn- und Lebensweise und den teilweise defizitären Wohnbedingungen in der Innenstadt auch mit begünstigenden regionalen Bedingungen, die sich historisch entwickelt haben, erklärt werden muß.

Von den rd. 150 000 bis 200 000 privaten Erholungsgrundstücken in Brandenburg befindet sich der überwiegende Teil im Besitz von Ostberlinern, häufig auch von ostberliner Familien, die in den östlichen Großwohnsiedlungen leben. Mit den seit 1990 eingetretenen Veränderungen im Grundstücks-, Immobilien- und Wohnungsbereich (höhere Miet- und Bodenpreise, veränderte Grundstückssteuern, Eigentümerwechsel u.a.) sah sich ein Teil dieser Familien veranlaßt, die ehemaligen „Datschen“-Grundstücke zu Bau- bzw. Wohngrundstücken umzuwidmen. Dies ist unter den neuen Bedingungen ökonomisch rational und erklärt, warum auch durchschnittliche und unterdurchschnittliche Einkommensbezieher ihre Lebens- und Wohnvorstellungen außerhalb der Stadt realisieren konnten. Zu dieser Strategie gesellen sich weitere Varianten, um die Erfüllung der suburbanen Wohnvorstellungen ökonomisch zu optimieren: Wenn Eigentums-Bauland zur Verfügung steht, werden Grundstücksteilungen vorgenommen und dadurch Veräußerungsgewinne erzielt. Es erfolgt mehrheitlich eine hochverdichtete Bebauung (Doppel-/Reihenhäuser), bzw. am Erwerb von Wohneigentum im Umland beteiligen sich zwei Generationen. Nach Angaben des „Bundesverbandes Deutscher Fertigbau“ ist der Fertighaus-Anteil (Standardhäuser) am Eigenheimbau in den neuen Ländern mit 25% doppelt so hoch wie in den alten Ländern. Besondere „Zugpferde“ sind Berlin und Brandenburg, wo der Anteil bei rd. 40% liegt. Zusätzlich ist die

Bereitschaft sehr groß, Kaufverträge mit Preisnachlässen für Eigenleistungen abzuschließen. Die historisch gewachsene Bedeutung von Eigenleistungen in ostberliner Haushalten (insbesondere beim Eigenheimbau) ist in Familien-Haushalten auch heute noch hoch (Berger/Hinrichs/Priller/Schultz 1999: 123-124).

Doch der geringere Teil aller Familien und Haushalte aus der Osthälfte, die ihren Wohnsitz in das Umland verlegen, werden Eigenheimbesitzer. Aber auch für Mieter ergeben sich aus den regionalen Bedingungen günstige ökonomische Optionen, deutlich familienorientierte Lebens- und Wohnvorstellungen zu verwirklichen. So wurden zu DDR-Zeiten an vielen Industriestandorten des Speckgürtels mehrgeschossige Wohnbauten für die Arbeiter in Fertigbauweise errichtet (Hennigsdorf, Velten u.a.). Mit dem Wegfall von Arbeitsplätzen kam es vielfach zu strukturellem Wohnungsleerstand. Berliner Familien können nun von den preiswerten Mietangeboten der Wohnungsbau- und -genossenschaften vor den Toren Berlins Gebrauch machen. Dies gilt auch für den Teil der bereits instandgesetzten Konversions-Wohnungen, die im Berliner Umland für 7,- DM/qm Netto-Kaltmiete feilgeboten werden.

Bei insgesamt geringerer Verbreitung traditionell-familienorientierter Lebensformen und einer entsprechenden Lebensweise in den westlichen Bezirken Berlins und demgemäß geringeren Fortzügen ins Umland bedienen sich Westberliner anderer, aus den regionalen Bedingungen abgeleiteter, ökonomischer Optionen zur Realisierung ihrer Wohnvorstellungen. Durch das bis 1997 geltende Fördergebietsgesetz für private Wohnungsbauinvestitionen (mit 50% Sonderabschreibungen in fünf Jahren) sind außerhalb Berlins unzählige teure Miet- und Eigentumswohnungen entstanden, die viel eher der höheren Finanzkraft von Haushalten aus Berlin-West entsprechen. Zusätzlich steht eine breite Palette von Eigenheimen in den Umlandgemeinden zum Kauf zur Verfügung. So konnten sich überdurchschnittlich Familien aus Reinickendorf (in Glienicke, Bergfelde), aus Spandau (in Falkensee, Finkenheerd) oder aus Zehlendorf (in Groß-Glienicke, Stahnsdorf, Kleinmachnow und Teltow), aus Bezirken mit einer eher begüterten Bevölkerung, ihre Lebens- und Wohnvorstellungen durch Miet- und Eigentumswohnungen oder Eigenheime im Umland erfüllen (vgl. hierzu Anlagen 2-4). Eine weitere größere Nachfragegruppe besteht aus Führungskräften in Verwaltung und Wirtschaft, die aus den alten Bundesländern übergesiedelt sind. Kostensparende Bau- und Wohnvarianten, wie Ausführung größerer Eigenleistungen, der Bezug einer in Plattenbauweise errichteten Wohnung im Umland, die Anmietung einer instandgesetzten Konversionswohnung in Brandenburg u.ä. Strategien kommen historisch und soziokulturell bedingt, für Westberliner weniger in Betracht. So erklären sich auch aus diesem Umstand, zusammen mit der geringeren Verbreitung einer tradierten Lebens- und Wohnauffassung und den vorteilhafteren Wohnbedingungen im Westteil, die unterdurchschnittlichen Umland-Fortzüge aus den westlichen Bezirken.

Gleichwohl wurde für einige Personen/Familien aus dem Westteil die Wende dank des Restitutionsprinzips zum Glücksfall für die Erfüllung ihrer traditionsgebundenen Lebens- und Wohnvorstellungen. 560 000 Restitutionsansprüche an Immobilien und Grundstücke wurden im Land Brandenburg, konzentriert in unmittelbarer Nähe zu Berlin, gestellt, die höchste Zahl von allen neuen Bundesländern. In der Tat besaßen die Altvordern vieler Familien aus den West-Bezirken bereits vor dem 2. Weltkrieg Wohnhäuser und Sommerresidenzen im Brandenburger Umland. Daher verwundert es nicht, daß unter jenen 35% der Antragsteller, die in Brandenburg einen Rückübertragungsbescheid erhielten, auch viele Nachfahren dieser Familien zu finden sind.

Sehen wir uns die regionalen Verflechtungen der Umzüge näher an (vgl. Anlage 5), so fällt auf, daß die Fortzüge in den suburbanen Raum in sehr hohem Maße in die unmittelbar hinter der Stadtgrenze liegenden Gemeinden erfolgen.

So verlegen bei Umlandabwanderungen z. B. 72% der Reinickendorfer ihren Wohnsitz in die grenznahen Orte des benachbarten Landkreises Oberhavel, 61% der Spandauer in Orte des angrenzenden Landkreises Havelland, und 52% der Pankower wählen berlinnahe Orte im benachbarten Landkreis Barnim. Ein solches Mobilitätsverhalten der Umlandabwanderer bietet zunächst ganz praktische Vorteile:

- Die Suche nach einer neuen Bleibe gestaltet sich weniger aufwendig;
- Vorbereitende Arbeiten sind problemloser zu erledigen (z.B. im Rahmen eines Eigenheimbaus)
- Umzugskosten fallen geringer aus;
- soziale Netze lassen sich leichter aufrechterhalten.

„Grundsätzlich ist zu vermuten, daß die Mehrheit der wanderungswilligen Berliner ihren bisherigen Aktionsraum möglichst beibehalten möchte. Je geringer die Distanz zwischen der alten und neuen Wohnung ist, umso eher lassen sich gewohnte Aktivitäten mit bekannten Personen an bekannten Orten ausüben“ (Bauer 1997: 155).

Nach unserer Auffassung stellen diese Faktoren nicht die Hauptgründe dar. Es wird vermutet, daß es sich bei der traditionsorientiert-familiengebundenen bzw. der modern-individualisierten Lebensweise nicht um zwei völlig entgegengesetzte, unvereinbare Wohn- und Lebenskonzepte handelt. Vielmehr werden durch die Anhänger des einen oder anderen Konzepts einzelne Elemente stärker oder geringer gewichtet. Mit anderen Worten, Personen, die Merkmale einer traditionell-familienorientierten Lebensweise präferieren, befürworten durchaus auch einzelne Aspekte einer trendig-großstädtischen Lebensweise. Das gleiche gilt für den umgekehrten Fall. In diesem Sinne wird angenommen, daß eine suburbane Wohnstandortentscheidung überwiegend als Optimierungsprozeß beschreibbar ist, um die Vorteile der beiden Standorte Innenstadt versus Umland im Interesse des verfolgten Lebenskonzepts zu nutzen. Das Umland dient als naturnaher, ruhiger und kinderfreundlicher Wohnort. Die nahegelegene Stadt kann weiterhin als Arbeits-, Dienstleistungs-, Kultur- und Erlebnisraum genutzt werden. So haben Vogenauer/Schulz ermittelt, daß 80% der erwerbstätigen Umland-Abwanderer weiterhin nach Berlin zur Arbeit pendeln (Vogenauer/Schulz 1998: 28).

Wie sind nun die berlin-brandenburgischen Suburbanisierungsvorgänge aus der Perspektive der ermittelten Ergebnisse zusammenfassend zu interpretieren?

6 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Bisherige Aussagen zur Wohnsuburbanisierung beschränken sich fast ausschließlich auf empirische Belege. Danach sind suburbane Wohnstandortentscheidungen insbesondere mit preiswerteren Wohnlösungen im Umland, mit dem Erwerb von Wohneigentum und einer besseren Wohnumwelt zu begründen. Am Beispiel Berlins zeigt sich, daß diese Erklärungen zu kurz greifen, weil sie Ansprüche und Verhalten von Personen und Haushalten und die jeweiligen regionalen Kontexte kaum berücksichtigen. Dadurch sind besondere Vorgänge in einzelnen Regionen nicht ausreichend differenziert zu erfassen und zu erklären. Es fehlen insbesondere Aussagen zur theoretischen Orientierung und Interpretation sozialstruktureller und regionaler Vergleiche. So z.B. bedarf die Erklärung von Unterschieden zwischen West- und Ost-Haushalten, zwischen den Berliner Bezirken und zwischen anderen sozialen und regionalen Einheiten einer profunderen Einbettung der residentellen Mobilität in die Theorie.

Die verwendeten soziodemographischen Merkmale und statistischen Indikatoren deuten darauf hin, daß die Wohnstandortwahl für das Berliner Umland primär eine gewählte Lebens- und Wohnweise dokumentiert. In Durchsetzung dieser Entscheidung erfolgt eine rationale Abwägung nach ökonomischen und Umweltkriterien (Wohnung, Wohnumwelt, Wohneigentumsform). Beeinflußt werden diese Prozesse im Hinblick auf Umfang und Dynamik zudem durch den speziellen regionalen Kontext.

Eine vor allem traditionsorientiert-familiengebundene Lebensweise bzw. eine stärker modern-individualisierte Lebensweise werden in beiden Stadthälften und nach Bezirken unterschiedlich bevorzugt. In der West-Ost-Perspektive sind die Wohn- und Wohnumweltbedingungen noch verschieden, und es ist von unterschiedlichen regionalen Bedingungen auszugehen.

Eine traditionsorientiert-familiengebundene Lebensweise ist im Ostteil stärker ausgeprägt als im Westteil, die Wohnbedingungen sind in dieser Stadthälfte noch defizitär, die historisch gewachsenen regionalen Bedingungen erweisen sich als zusätzlicher begünstigender Faktor für die Erfüllung suburbaner Wohnwünsche. Entsprechend häufiger kommt es zu Umland-Fortzügen.

Im Westteil tritt eine modern-individualisierte Lebensweise stärker hervor, Wohnbedingungen erzwingen keinen Fortzug, und westberliner Familien können in viel geringerem Maße auf historisch gewachsene Verbindungen zum Brandenburger Umland und auf alternative Handlungsstrategien in den Haushalten zurückgreifen. Dadurch sind sowohl suburbane Wohnwünsche geringer ausgeprägt als auch der Handlungsspielraum zur Verwirklichung suburbaner Wohnansprüche eingeengt.

Nach Bezirken geordnet, existiert das größte Suburbanisierungspotential in den jungen östlichen Großwohnsiedlungen Marzahn, Hellersdorf und Hohenschönhausen und in den historisch längerfristig gewachsenen Gebieten Mitte, Lichtenberg und Pankow. Das erheblich größere Suburbanisierungspotential im Ostteil ist also mit einer bloßen Nachhol-These nicht zu beschreiben oder gar zu erklären. Das extrem hohe Ausmaß an Umland-Fortzügen aus Marzahn, Hellersdorf und Hohenschönhausen geht darauf zurück, daß sich in diesen Gebieten die Wirkung aller genannten Einflußfaktoren für Umlandabwanderungen bündelt. Aus dem viel geringeren Suburbanisierungspotential in den westlichen Bezirken, insbesondere in den Bezirken Kreuzberg, Schöneberg, Wilmersdorf, Tiergarten und Charlottenburg läßt sich schließen, daß der großstädtische Wohnstandort in hohem Maße der dort stärker verbreiteten modern-individualisierten Wohn- und

Lebensweise entspricht. Menschen, die dort wohnen, haben die dortige Lebensweise und Wohnsituation in höherem Maße freiwillig gewählt oder vorgefunden. Allem Anschein nach geht es in diesen Bezirken betont individualistisch, expressiv und erlebnisreich zu.

In dieser Hinsicht befinden sich die östlichen Bezirke Mitte, Friedrichshain, Lichtenberg, Prenzlauer Berg und Pankow sozialstrukturell in einer Umbruch- und Aufbruchsituation, in der Familien-Haushalte mit Kindern die Bezirke stärker in Richtung Umland oder periphere Gebiete verlassen und jüngere Single- oder Zwei-Personen-Haushalte diese Bezirke verstärkt als Wohnstandort wählen. Überhaupt läßt sich anhand der Suburbanisierungsvorgänge feststellen, daß nunmehr auch in den östlichen Bezirken Lebensformen und Lebensweise der genannten West-Bezirke stärkere Verbreitung finden.

Als theoretische Schlußfolgerung aus der Zusammenfassung steht die Aufgabe, empirisch zu verifizierende Aussagen über suburbane Wohnstandortentscheidungen soziologisch breiter anzulegen. Mit dem vorgeschlagenen erweiterten theoretischen Ansatz lassen sich auch politische Programme zur Beeinflussung der räumlichen Verteilung der Bevölkerung in verschiedenen Regionen zwingender evaluieren.

Angesichts dieses Bewertungsrahmens erscheint die Wirkung der weiter vorn genannten politischen Steuerungsinstrumente begrenzt. Die Initiativen des Berliner Senats folgen noch dezidiert der Philosophie, Umlandabwanderung gehe ausschließlich auf eine Optimierung der Wohnbedingungen zurück (Wohneigentum, Wohnkosten, Wohnumwelt). Unzureichend ist die politische Strategie auf die Idee gegründet, daß die Entscheidung für einen Wohnstandort im suburbanen Raum in erster Linie allgemeinen Lebens- und Wohnvorstellungen folgt und ihre Realisierbarkeit von historisch gewachsenen regionalen Bedingungen und Beziehungen beeinflusst wird.

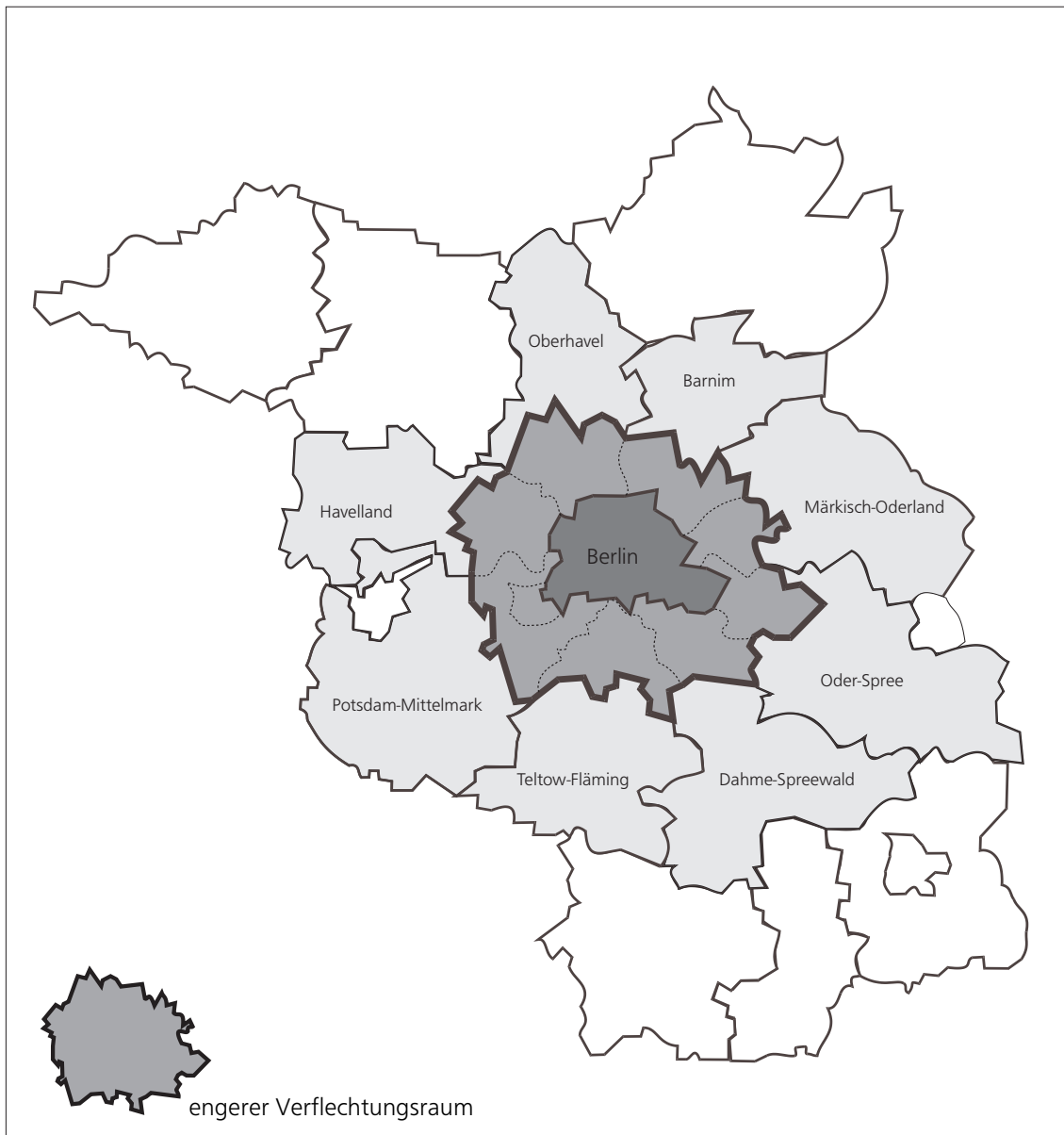
Eine angestrebte deutlich traditionsbewußt-familiengebundene Lebensform und Lebensweise läßt sich nur zum Teil in einem urbanen Subzentrum, wie einleitend kurz beschrieben, realisieren. Sie läßt sich nicht allein dadurch verwirklichen, daß den Bewohnern preisgünstiges Bauland, Wohneigentum oder moderate Mietpreise geboten werden. Die für diese Lebens- und Wohnweise typischen Ansprüche wie Abgeschiedenheit vom urbanen Leben, nachbarschaftliche Kontakte, die ruhige Wohnatmosphäre u.a. können nur sehr bedingt in einem geschäfts- und verkehrsreichen städtischen Teilzentrum (Modell „dezentrale Konzentration“) verwirklicht werden. Auch bieten die konzipierten Größen von Grundstücken und Eigenheimen sowie das Modell der Eigentumswohnung keine ausreichenden Gestaltungs- und Freiräume für eine umlandadäquate, familienorientierte Lebensweise. Eine möglicherweise planerisch beabsichtigte Symbiose beider Wohn- und Lebensweisen dürfte sich nur schwer einstellen. Die Menschen wollen in aller Regel über die Nutzung und Inanspruchnahme von urbanen oder suburbanen Vorteilen unabhängig und zeitlich flexibel entscheiden.

Den Wegzugsgrund „Erwerb von Wohneigentum“ durch Bereitstellung von Eigentum innerhalb der Stadt zu eliminieren, wäre nur dann möglich, wenn er erstens der Hauptgrund, und zweitens Selbstzweck wäre. Beides ist nicht der Fall: Die meisten Umlandabwanderer blieben Mieter und Wohneigentum wird nicht erworben, um es nur zu besitzen. Es zeigte sich, daß es als Instrument zur Verwirklichung bestehender Lebensvorstellungen genutzt oder sein Erwerb durch Bedingungen in den Innenbezirken „nahegelegt“ wird.

Positiv ausgedrückt: Politischen Programmen zur stärkeren Bindung der Bevölkerung an den städtischen Raum sind dann Erfolgchancen einzuräumen, wenn städtische Standortkonzepte erstens tatsächlich Äquivalente suburbaner Wohnbedingungen bieten und zweitens mit Maßnahmen zur familien- und kinderfreundlichen Gestaltung des Wohnbereichs und des gesamten städtischen Raums eng verzahnt sind.

Anlage 1, Karte 1

Länder Berlin und Brandenburg mit engerem Verflechtungsraum



Anlage 1, Karte 2

Berlin nach Bezirken



Anlage 2

Fortzüge aus den Berliner Bezirken in den engeren Verflechtungsraum des Landes Brandenburg 1997
(Brandenburger Kreise nach der Kreisreform 1993) - Angaben in Personen

Bezirk	Pots- dam	Barnim	Dahme -Spree- wald	Havel- land	Mär- kisch Oder- land	Ober- havel	Oder- Spree	Pots- dam Mittel- mark	Teltow- Flä- ming	Ins- gesamt
absolut										
Mitte	53	215	149	57	187	207	90	78	105	1 141
Tiergarten	43	31	40	128	26	170	7	106	50	601
Wedding	39	117	44	215	42	681	27	70	66	1 301
Prenzlauer Berg	74	532	248	81	218	387	154	63	83	1 840
Friedrichshain	57	226	213	84	314	185	151	73	73	1 376
Kreuzberg	46	50	119	90	26	114	23	119	121	708
Charlottenburg	152	36	35	322	36	204	18	230	79	1 112
Spandau	69	37	64	1 722	27	399	21	436	64	2 839
Wilmerdorf	66	35	52	137	12	146	21	209	99	777
Zehlendorf	160	13	40	62	14	64	12	791	145	1 301
Schöneberg	72	28	90	133	30	148	22	182	133	838
Steglitz	106	23	137	124	36	200	21	586	509	1 742
Tempelhof	47	41	348	91	30	112	50	185	742	1 646
Neukölln	83	99	844	181	110	232	81	192	555	2 377
Treptow	29	91	603	42	179	69	119	53	139	1 324
Köpenick	12	64	326	21	234	58	463	37	69	1 284
Lichtenberg	65	447	383	102	612	235	267	92	129	2 332
Weißensee	11	324	40	19	72	106	34	8	16	630
Pankow	23	1 024	64	59	99	560	77	23	25	1 954
Reinickendorf	49	125	84	231	73	2 018	30	133	76	2 819
Marzahn	60	1 269	279	116	1 094	277	259	53	109	3 516
Hohenschön- hausen	36	878	156	79	359	273	187	61	71	2 100
Hellersdorf	30	539	256	70	1 307	211	360	55	121	2 949
Berlin	1 382	6 244	4 614	4 166	5 137	7 056	2 494	3 835	3 579	38 507
West	932	635	1 897	3 436	462	4 488	333	3 239	2 639	18 061
Ost	450	5 609	2 717	730	4 675	2 568	2 161	596	940	20 446

Datenquelle: Statistisches Landesamt Berlin: Sonderauswertungen

Anlage 3

Zuzüge in die Berliner Bezirke aus dem engeren Verflechtungsraum des Landes Brandenburg 1997
(Brandenbg. Kreise nach der Kreisreform 1993) - Angaben in Personen

Bezirk	Pots- dam	Barnim	Dahme -Spree- wald	Havel- land	Mär- kisch Oder- land	Ober- havel	Oder- Spree	Pots- dam Mittel- mark	Teltow- Flä- ming	Ins- gesamt
absolut										
Mitte	36	36	22	17	30	38	30	11	12	232
Tiergarten	45	20	17	16	13	44	16	25	7	203
Wedding	40	40	29	26	27	98	16	36	13	325
Prenzlauer Berg	89	68	50	20	62	105	48	44	33	519
Friedrichshain	53	57	54	17	77	62	49	24	25	418
Kreuzberg	40	45	13	12	16	34	11	24	23	218
Charlottenburg	82	29	22	52	21	51	12	38	23	330
Spandau	89	28	31	410	26	116	15	122	26	863
Wilmerdorf	41	20	23	24	11	22	12	38	26	217
Zehlendorf	103	7	11	12	10	28	8	125	40	344
Schöneberg	48	28	36	20	17	29	13	37	18	246
Steglitz	84	12	45	19	30	28	10	119	90	437
Tempelhof	58	25	100	28	16	37	17	35	152	468
Neukölln	75	61	251	49	48	66	41	55	108	754
Treptow	15	49	294	22	54	38	47	22	62	603
Köpenick	20	29	153	5	146	23	185	24	35	620
Lichtenberg	72	83	72	20	139	68	85	43	49	631
Weißensee	22	102	20	7	43	55	16	14	7	286
Pankow	38	237	28	17	47	242	28	19	25	681
Reinickendorf	54	51	24	45	29	428	18	36	29	714
Marzahn	20	153	28	17	128	50	38	24	19	477
Hohenschön- hausen	26	97	26	18	54	65	20	15	15	336
Hellersdorf	30	79	35	17	307	32	64	13	23	600
Berlin	1 180	1 356	1 384	890	1 351	1 759	799	943	860	10 522
West	759	366	602	713	264	981	189	690	555	5 119
Ost	421	990	782	177	1 087	778	610	253	305	5 403

Datenquelle: Statistisches Landesamt Berlin: Sonderauswertungen

Anlage 4

Wanderungssaldo zwischen den Berliner Bezirken und dem engeren Verflechtungsraum des Landes Brandenburg 1997 (Brandenbg. Kreise nach der Kreisreform 1993) - Angaben in Personen

Bezirk	Potsdam	Barnim	Dahme-Spree-wald	Havel-land	Mär-kisch Oder-land	Ober-havel	Oder-Spree	Potsdam Mittel-mark	Teltow-Flä-ming	Ins-gesamt
Mitte	- 17	- 179	- 127	- 40	- 157	- 169	- 60	- 67	- 93	- 909
Tiergarten	2	- 11	- 23	- 112	- 13	- 126	9	- 81	- 43	- 398
Wedding	1	- 77	- 15	- 189	- 15	- 583	- 11	- 34	- 53	- 976
Prenzlauer Berg	15	- 464	- 198	- 61	- 156	- 282	- 106	- 19	- 50	- 1 321
Friedrichshain	- 4	- 169	- 159	- 67	- 237	- 123	- 102	- 49	- 48	- 958
Kreuzberg	- 6	- 5	- 106	- 78	- 10	- 80	- 12	- 95	- 98	- 490
Charlottenburg	- 70	- 7	- 13	- 270	- 15	- 153	- 6	- 192	- 56	- 782
Spandau	20	- 9	- 33	- 1 312	- 1	- 283	- 6	- 314	- 38	- 1 976
Wilmersdorf	- 25	- 15	- 29	- 113	- 1	- 124	- 9	- 171	- 73	- 560
Zehlendorf	- 57	- 6	- 29	- 50	- 4	- 36	- 4	- 666	- 105	- 957
Schöneberg	- 24	0	- 54	- 113	- 13	- 119	- 9	- 145	- 115	- 592
Steglitz	- 22	- 11	- 92	- 105	- 6	- 172	- 11	- 467	- 419	- 1 305
Tempelhof	11	- 16	- 248	- 63	- 14	- 75	- 33	- 150	- 590	- 1 178
Neukölln	- 8	- 38	- 593	- 132	- 62	- 166	- 40	- 137	- 447	- 1 623
Treptow	- 14	- 42	- 309	- 20	- 125	- 31	- 72	- 31	- 77	- 721
Köpenick	8	- 35	- 173	- 16	- 88	- 35	- 278	- 13	- 34	- 664
Lichtenberg	7	- 364	- 311	- 82	- 473	- 167	- 182	- 49	- 80	- 1 701
Weißensee	11	- 222	- 20	- 12	- 29	- 51	- 18	6	- 9	- 344
Pankow	15	- 787	- 36	- 42	- 52	- 318	- 49	- 4	0	- 1 273
Reinickendorf	5	- 74	- 60	- 186	- 44	- 1 590	- 12	- 97	- 47	- 2 105
Marzahn	- 40	- 1 116	- 251	- 99	- 966	- 227	- 221	- 29	- 90	- 3 039
Hohenschön-hausen	- 10	- 781	- 130	- 61	- 305	- 208	- 167	- 46	- 56	- 1 764
Hellersdorf	0	- 460	- 221	- 53	- 1 000	- 179	- 296	- 42	- 98	- 2 349
Berlin	- 202	- 4 888	- 3 230	- 3 276	- 3 786	- 5 297	- 1 695	- 2 892	- 2 719	- 27985
West	- 173	- 269	- 1 295	- 2 723	- 198	- 3 507	- 144	- 2 549	- 2 084	- 12942
Ost	- 29	- 4 619	- 1 935	- 553	- 3 588	- 1 790	- 1 551	- 343	- 635	- 15043

Datenquelle: Statistisches Landesamt Berlin: Sonderauswertungen

Anlage 5

Verflechtungen der Umland-Fortzüge zwischen den Berliner Bezirken und den angrenzenden Kreisen in Brandenburg 1997 (Angaben in Prozent)

ZielHerkunfts-Bezirk	Pots- dam	Barnim	Dahme -Spree- wald	Havel- land	Mär- kisch Oder- land	Ober- havel	Oder- Spree	Pots- dam Mittel- mark	Teltow- Flä- ming
in %									
Berlin, Westteil	5	4	11	19	3	25	2	18	15
Tiergarten	7	5	7	21	4	28	1	18	8
Wedding	3	9	3	17	3	52	2	5	5
Kreuzberg	6	7	17	13	4	16	3	17	17
Charlottenbrug	14	3	3	29	3	18	2	21	7
Spandau	2	1	2	61	1	14	1	15	2
Wilmersdorf	8	5	7	18	2	19	3	27	13
Zehlendorf	12	1	3	5	1	5	1	61	11
Schöneberg	9	3	11	16	4	18	3	22	16
Steglitz	6	1	8	7	2	11	1	34	29
Tempelhof	3	2	21	6	2	7	3	11	45
Neukölln	3	4	36	8	5	10	3	8	23
Reinickendorf	2	4	3	8	3	72	1	5	3
Berlin, Ostteil	2	27	13	4	23	13	11	3	5
Mitte	5	19	13	5	16	18	8	7	9
Prenzlauer Berg	4	29	13	4	12	21	8	3	5
Friedrichshain	4	16	15	6	23	13	11	5	5
Treptow	2	7	46	3	14	5	9	4	10
Köpenick	1	5	25	2	18	5	36	3	5
Lichtenberg	3	19	16	4	26	10	11	4	6
Weißensee	2	51	6	3	11	17	5	1	3
Pankow	1	52	3	3	5	29	4	1	1
Marzahn	2	36	8	3	31	8	7	2	3
Hohenschönhausen	2	42	7	4	17	13	9	3	3
Hellersdorf	1	18	9	2	44	7	12	2	4
Berlin, gesamt	4	16	12	11	13	18	6	10	9

Datenquelle: Statistisches Landesamt Berlin: Sonderauswertungen

Literatur

- Bauer, P. (1997): Die Bedeutung der Kernstadt-Umland-Wanderung für den demographischen Suburbanisierungsprozeß in der Stadtregion Berlin 1992 bis 1995. In: Statistisches Landesamt Berlin (Hg.): Berliner Statistik, Monatsschrift, 51. Jahrgang, 9/97
- Berger, H./Hinrichs, W./Priller, E./Schultz, A. (1999): Privathaushalte im Vereinigungsprozeß. Ihre soziale Lage in Ost- und Westdeutschland. Frankfurt / New York: Campus Verlag
- Glatzer, W. (1980): Wohnungsversorgung im Wohlfahrtsstaat. Frankfurt/New York: Campus Verlag
- Gödecke-Stellmann, J.(1998): Regionsspezifische Migrationsmuster - Migration in den Stadtregionen der alten und neuen Länder. In: Migration in Stadtregionen der neuen Bundesländer. Erkner (bei Berlin): Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung/IRS
- Frick, J., Lahmann, H. (1996): Verbesserung der Wohnqualität und Entwicklung der Mieten in den neuen Bundesländern seit der Vereinigung. In: Häußermann, H., Neef, R. (Hg.): Stadtentwicklung in Ostdeutschland, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 249-262
- Friedrichs, J. (1995): Stadtsoziologie. Opladen: Leske + Budrich
- Hamm, B., Neumann, I. (1996): Siedlungs-, Umwelt- und Planungssoziologie. Opladen: Leske + Budrich
- Harth, A., Herlyn, U., Scheller, G. (1998): Segregation in ostdeutschen Städten. Opladen: Leske + Budrich
- Häußermann, H., Siebel, W. (1996): Soziologie des Wohnens. Weinheim und München: Juventa Verlag
- Herfert, G. (1998): Die Region Leipzig - Wohnsuburbanisierung in der ersten Hälfte der 90er Jahre. In: Migration in Stadtregionen der neuen Bundesländer. Erkner (bei Berlin): Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung/IRS
- Herlyn, U. (1990): Leben in der Stadt. Lebens- und Familienphasen in städtischen Räumen. Opladen: Leske+Budrich
- Hinrichs, W. (1996): Wohnungsversorgung in Ostdeutschland - Kontinuität und Neuformierung. In: Zapf, W., Habich, R. (Hg.): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland, Berlin: edition sigma, S. 253-282
- Hinrichs, W. (1997): Länderübergreifende Wohnmobilität im vereinten Deutschland - Integration oder Differenz? In: Allgemeines Statistisches Archiv, 4/1997, S. 377-400, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht
- Lüdtke, H. (1989): Expressive Ungleichheit. Zur Soziologie der Lebensstile. Opladen
- Matthiesen, U. (1998): An den Rändern der deutschen Hauptstadt. Regionalkulturelle Suburbanisierungsprozesse im Märkischen Sand - zwischen „Hightech-Kathedralen“ und „Nationalpark DDR“. In: Berliner Journal für Soziologie, Heft 2, S. 245-268, Opladen: Leske + Budrich
- Maretzke, St. (1997): Regionalbarometer neue Länder - Dritter zusammenfassender Bericht -. In: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hg.): Mitteilungen und Informationen, Nr. 5 / Oktober
- Rudolph-Cleff, A. (1996): Wohnungspolitik und Stadtentwicklung. Ein deutsch-französischer Vergleich. Basel, Boston, Berlin: Birkhäuser Verlag
- Schneider, N. (1997): Wohnmobilität und Wohnverhältnisse in West- und Ostdeutschland. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Arbeitspapier FS III 97-404
- Schneider, N., Spellerberg, A. (1999): Lebensstile, Wohnbedürfnisse und räumliche Mobilität. Opladen: Leske + Budrich

- Schulze, G. (1992): Die Erlebnisgesellschaft. Frankfurt/Main: Campus
- Schwarz, K. (1997): 100 Jahre Geburtenentwicklung. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 22, Heft 4, S. 481-491, München: Harald Boldt Verlag im R. Oldenbourg Verlag
- Spellerberg, A. (1997): Lebensstile und Wohnverhältnisse. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Arbeitspapier FS III 97-403
- Strohmeier, K.P. (1996): Die Polarisierung der Lebensformen in den Städten und Gemeinden - soziale Hintergründe und sozialpolitische Probleme. In: Schäfers, B., Göttrik, W. (Hg.): Die Stadt in Deutschland Soziale politische und kulturelle Lebenswelt. Opladen: Leske + Budrich
- Vogenaier, T., Schulz, M. (1998): Untersuchung der demographischen Suburbanisierung in der Stadtregion Berlin, Arbeitsberichte Geographisches Institut, Humboldt-Universität zu Berlin, Heft 28
- Wild, R. (1997): Mietspiegel Ost. Das Ende der Legende vom Billigwohnparadies. In: Berliner Mieterverein (Hg.): Magazin 9, S. 20-24
- Wolke, M. (1998): Die Migrationsbewegungen in der Metropolenregion Berlin/Brandenburg. In: Migration in Stadtregionen der neuen Bundesländer. Erkner (bei Berlin): Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung/IRS

Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“

- früher: Arbeitsgruppe „Sozialberichterstattung“

Die Abteilung *Sozialstruktur und Sozialberichterstattung* hat einen grundlagenwissenschaftlichen Schwerpunkt in der Analyse des sozialstrukturellen Wandels moderner Gesellschaften und einen anwendungsorientierten Schwerpunkt in der Sozialberichterstattung; die Forschungsaufgaben liegen in der Dauerbeobachtung des sozialstrukturellen Wandels und der Wohlfahrtsentwicklung. Die theoretischen Orientierungen stammen aus der Modernisierungstheorie und der Theorie der Wohlfahrtsproduktion.

MitarbeiterInnen in der Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“

Prof. Dr. Wolfgang Zapf (Leiter)
Dr. Roland Habich (Koordinator)

Prof. Dr. Horst Berger
Petra Böhnke, Diplomsoziologin
Thomas Bulmahn, Diplomsoziologe
Jan Delhey, Diplomsoziologe

Dr. Katrin Gillwald
Dr. Wilhelm Hinrichs
Dr. sc. Eckhard Priller

Bitte senden Sie mir die folgenden Veröffentlichungen zu
Pro paper bitte **1 DM-Briefmarke** beilegen

- Bitte einen beschrifteten Adressenaufkleber beilegen •

WZB

WISSENSCHAFTSZENTRUM BERLIN
FÜR SOZIALFORSCHUNG

Paper-Nr., Autor

Name _____

Institution _____

Straße _____

Ort _____

Datum /
Unterschrift _____

Bestellung bitte einsenden an:

WZB • Abt. Sozialstruktur und Sozialberichterstattung • Reichpietschufer 50 • D - 10785 Berlin

Forschungsschwerpunkt III "Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse"

Verzeichnis der Arbeitspapiere (Stand: Januar 1999)

Abteilungsübergreifend

- FS III 93-301 Wir und die Anderen. "Imagined Communities" im westeuropäischen Vergleich.
Dieter Fuchs, Jürgen Gerhards und Edeltraud Roller
- FS III 96-301 The Mass Media and Modern Government
Kenneth Newton
- FS III 96-302 Das intermediäre System der Politik als Orientierungssystem der Bürger
Dieter Fuchs, Edeltraud Roller, Dieter Rucht und Bernhard Weßels

Abteilung 1 "Öffentlichkeit und soziale Bewegungen"

- FS III 90-101 Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze.
Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt
- FS III 91-101 Mesomobilization Contexts: Organizing and Framing in two Protest Campaigns in West Germany.
Jürgen Gerhards und Dieter Rucht
- FS III 91-102 Left-libertarian Movements in Context: A Comparison of Italy and West Germany, 1965-1990.
Donatella della Porta und Dieter Rucht
- FS III 91-103 The Political Opportunity Structure of New Social Movements: Its Impact on their Mobilization.
Hanspeter Kriesi
- FS III 91-104 Persönliche Netzwerke und die Mobilisierung politischen Protests: Stand der Forschung und strukturanalytische Perspektiven.
Thomas Ohlemacher
- FS III 91-105 Öffentliche Kommunikationsbereitschaft. Test eines zentralen Bestandteils der Theorie der Schweigespirale.
Dieter Fuchs, Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt
- FS III 91-106 Eine Untersuchung des Beitrags politischer Klubs zur Entwicklung einer demokratischen Infrastruktur in Polen - am Beispiel von 'Dziekania'. (Forschungsbericht)
Helmut Fehr
- FS III 91-107 Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung.
Dieter Rucht
- FS III 91-108 Die Macht der Massenmedien und die Demokratie: Empirische Befunde.
Jürgen Gerhards
- FS III 92-101 Anbieter von öffentlichen politischen Veranstaltungen in West-Berlin.
Barbara Blattert
Nachfrager und wahrgenommenes Angebot von öffentlichen politischen Veranstaltungen in der Bundesrepublik.
Jürgen Gerhards
- FS III 92-102 Support for New Social Movements in Five Western European Countries.
Dieter Fuchs und Dieter Rucht

- FS III 92-103 Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik Deutschland (Prodat), Codebuch.
Dieter Rucht, Peter Hocke und Thomas Ohlemacher
- FS III 92-104 Social Relays: Micro Mobilization via the Meso-Level.
Thomas Ohlemacher
- FS III 93-101 Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit.
Jürgen Gerhards
- FS III 93-102 Selbstkontrolle in den Medien: Der Deutsche Presserat und seine Möglichkeiten.
Jessica Eisermann
- FS III 93-103 Prominenz in der Bundesrepublik.
Birgit Peters
- FS III 93-104 Bevölkerungsmeinung und Gewalt gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland. Empirische Anmerkungen zu einem unklaren Verhältnis.
Thomas Ohlemacher
- FS III 94-101 Von den Oppositionsgruppen der DDR zu den neuen sozialen Bewegungen in Ostdeutschland?
Barbara Blattert, Dieter Rink und Dieter Rucht
- FS III 94-102 The Political Construction of the Nuclear Energy Issue and Its Impact on the Mobilization of Anti-Nuclear Movements in Western Europe.
Ruud Koopmans und Jan Willem Duyvendak
- FS III 95-101 A Burning Question: Explaining the Rise of Racist and Extreme Right Violence in Western Europe.
Ruud Koopmans
- FS III 95-103 German Unification, Democratization and the Role of Social Movements: A Missed Opportunity.
Dieter Rucht
- FS III 95-105 Diskursanalyse im Zeit- und Ländervergleich. Methodenbericht über eine systematische Inhaltsanalyse zur Erfassung des öffentlichen Diskurses über Abtreibung in den USA und der Bundesrepublik in der Zeit von 1970 bis 1994.
Jürgen Gerhards und Monika Lindgens
- FS III 95-106 Social Movement Mobilization under Right and Left Governments: A Look at Four West European Countries
Ruud Koopmans and Dieter Rucht
- FS III 96-101 Politische Unternehmer, Netzwerke und Bewegungserfolg: Die "Einzelmitglieder" der NSDAP, 1925-30
Helmut Anheier und Thomas Ohlemacher
- FS III 96-102 Protest - öffentliche Meinung - Politik [vergriffen]
Friedhelm Neidhardt
erscheint in: Wolfgang van den Daele, Friedhelm Neidhardt (Hrsg.), Kommunikation und Entscheidung. WZB-Jahrbuch 1996. Berlin: edition sigma 1996.
- FS III 96-103 Determining the Selection Bias in Local and National Newspaper Reports on Protest Events
Peter Hocke
- FS III 96-104 The Role of News Factors in Media Use
Christiane Eilders

- FS III 96-105 The Observation of Public Opinion by the Governmental System
Dieter Fuchs and Barbara Pfetsch
- FS III 97-101 Citizenship, National Identity and the Mobilisation of the Extreme Right. A Comparison of France, Germany, the Netherlands and Switzerland
Ruud Koopmans and Hanspeter Kriesi
- FS III 97-102 The Impact of Editorial Content on the Political Agenda in Germany: Theoretical Assumptions and Open Questions Regarding a Neglected Subject in Mass Communication Research
Christiane Eilders
- FS III 98-101 Proteststrukturen im Ost-West-Vergleich 1989 - 1992
Susann Burchardt
- FS III 98-102 The Political Construction of Immigration in Italy: opportunities, mobilisation and outcomes
Paul Statham
- FS III 98-103 Die Branchenstruktur der Markt- und Meinungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland von 1986 bis 1996. Eine deskriptive Analyse
Simone Wack
- FS III 98-104 Konjunkturen der NS-Bewegung. Eine Untersuchung der Veranstaltungsaktivitäten der Münchener NSDAP, 1925-1930
Helmut K. Anheier, Friedhelm Neidhardt und Wolfgang Vorkamp
- FS III 98-105 Challenging the Liberal Nation-State? Postnationalism, Multiculturalism, and the Collective Claims-Making of Migrants and Ethnic Minorities in Britain and Germany
Ruud Koopmans and Paul Statham
- FS III 98-106 Die Stimme der Medien im politischen Prozeß – Themen und Meinungen in Pressekommentaren
Friedhelm Neidhardt, Christiane Eilders und Barbara Pfetsch
- FS III 98-107 Methodenbericht zum Projekt: Die Stimme der Medien im politischen Prozeß – Themen und Meinungen in Pressekommentaren
Christiane Eilders und Albrecht Lüter
- Abteilung 2 "Institutionen und sozialer Wandel"**
- FS III 90-202 Politisches Denken in der Informationsgesellschaft. Zum Zusammenhang zwischen Fernsehnutzung und Einstellungskonsistenz.
Katrin Voltmer
- FS III 90-203 The Normalization of the Unconventional - Forms of Political Action and New Social Movements.
Dieter Fuchs
- FS III 90-204 Vielfalt oder strukturierte Komplexität? Zur Institutionalisierung politischer Spannungslinien im Verbände- und Parteiensystem in der Bundesrepublik.
Bernhard Weßels
- FS III 90-205 Zum Wandel politischer Konfliktlinien. Ideologische Gruppierungen und Wahlverhalten.
Dieter Fuchs
- FS III 91-201 Ein analytisches Schema zur Klassifikation von Politikgehalten.
Edeltraud Roller
- FS III 92-201 Trends of Political Support in the Federal Republic of Germany.
Dieter Fuchs

- FS III 92-202 "Bubble-Up"-Theory or Cascade Model? The Formation of Public Opinion Towards the EC: Shaky Evidence from Different Empirical Sources.
Bernhard Weßels
- FS III 92-203 Democratization and Constitutional Choices in Czecho-Slovakia, Hungary, and Poland, 1989-1991.
Arend Lijphart
- FS III 92-204 Bürger und Organisationen - Ost- und Westdeutschland: vereint und doch verschieden?
Bernhard Weßels
- FS III 92-205 Hermeneutisch-klassifikatorische Inhaltsanalyse - Analysemöglichkeiten am Beispiel von Leitfadengesprächen zum Wohlfahrtsstaat.
Edeltraud Roller und Rainer Mathes
- FS III 92-206 Ideological Basis of the Market Economy: Attitudes Toward Distribution Principles and the Role of Government in Western and Eastern Germany.
Edeltraud Roller
- FS III 93-201 The Cumbersome Way to Partisan Orientation in a 'New' Democracy: The Case of the Former GDR.
Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann
- FS III 93-202 Eine Metatheorie des demokratischen Prozesses.
Dieter Fuchs
- FS III 93-203 A Metatheory of the Democratic Process.
Dieter Fuchs
- FS III 93-204 Sozialisation in unterschiedlichen Systemen. Zum Profil der Persönlichkeitstypen in West- und Ost-Berlin.
Carolin Schöbel
- FS III 93-205 Mass Media: Political Independence of Press and Broadcasting Systems.
Katrin Voltmer
- FS III 93-206 Mobilisieren Interessengegenschaften? Die "Hostility"-Hypothese, Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1990.
Bernhard Weßels
- FS III 93-207 Wählen als rationales Handeln: Anmerkungen zum Nutzen des Rational-Choice Ansatzes in der empirischen Wahlforschung.
Dieter Fuchs und Steffen Kühnel
- FS III 93-208 Gruppenbindungen und rationales Handeln als Determinanten der Wahlentscheidung in Ost- und Westdeutschland.
Bernhard Weßels
- FS III 93-209 Geteilte Medienrealität? Zur Thematisierungsleistung der Massenmedien im Prozeß der deutschen Vereinigung.
Babara Pfetsch und Katrin Voltmer
- FS III 94-201 Democratic Transformation and the Prerequisites of Democratic Opposition in East and Central Europe.
Bernhard Wessels und Hans-Dieter Klingemann
- FS III 94-202 Cultural Conditions of the Transformation to Liberal Democracies in Central and Eastern Europe.
Dieter Fuchs und Edeltraud Roller

- FS III 94-204 Individuelle Teilnahme an politischer Kommunikation im Prozeß der deutschen Vereinigung. Zur Struktur von interpersonaler und massenmedialer Kommunikation.
Katrin Voltmer, Eva Schabedoth und Peter R. Schrott
- FS III 94-205 Nationalitätenkonflikt und Mechanismen politischer Integration im Baltikum.
Hans-Dieter Klingemann, Jürgen Lass und Katrin Mattusch
- FS III 94-206 The Evolution of Western Foreign Aid Programs.
Thomas R. Cusack und Joyce P. Kaufman
- FS III 96-201 Political Science: The Discipline.
Robert E. Goodin und Hans-Dieter Klingemann
- FS III 96-202 Contexts of Political Protest in Western Democracies: Political Organization and Modernity.
Edeltraud Roller und Bernhard Wessels
- FS III 96-203 Problemreich und konfliktgeladen: Lokale Demokratie in Deutschland fünf Jahre nach der Vereinigung.
Thomas R. Cusack und Bernhard Weßels
- FS III 96-204 Social Alliances and Coalitions: The Organizational Underpinnings of Democracy in West Germany.
Bernhard Wessels
- FS III 96-205 Abbau des Sozialstaats. Einstellungen der Bundesbürger zu Kürzungen von Sozialleistungen in den neunziger Jahren.
Edeltraud Roller
- FS III 96-206 System Characteristics Matter: Empirical Evidence from Ten Representation Studies.
Bernhard Wessels
- FS III 96-207 Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland? Die Entwicklung der Demokratievorstellungen der Deutschen seit ihrer Vereinigung.
Dieter Fuchs
- FS III 96-208 Legislative Recruitment in Germany: Professionalization or Political Class?
Bernhard Wessels
- FS III 97-201 Social Capital, Institutional Structures, and Democratic Performance: A Comparative Study of German Local Governments.
Thomas R. Cusack
- FS III 97-202 The Electoral Process in the Unified Germany.
Dieter Fuchs und Robert Rohrschneider
- FS III 97-203 Kriterien demokratischer Performanz in Liberalen Demokratien
Dieter Fuchs
- FS III 98-201 Vom Konsens zum Dissens? Politische Ordnungspräferenzen von Eliten und Bürgern im ost-westdeutschen Vergleich.
Christian Welzel
- FS III 98-202 Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis.
Hans-Dieter Klingemann
- FS III 98-203 Remembering the Bad Old Days: Human Rights, Economic Conditions, and Democratic Performance in Transitional Regimes.
Hans-Dieter Klingemann and Richard I. Hofferbert
- FS III 98-204 The Political Culture of Unified Germany
Dieter Fuchs

Abteilung 3 "Sozialstruktur und Sozialberichterstattung"

- P 89-101 Die Sozialstruktur der Bundesrepublik in den 1980er Jahren. [vergriffen]
Wolfgang Zapf
- P 89-102 Folgen von Arbeitslosigkeit für die Wohlfahrt von Individuen und Haushalten.[vergriffen]
Detlef Landua und Wolfgang Zapf
- P 89-103 National Character Revisited. [vergriffen]
Alex Inkeles
- P 89-104 Der Wandel von Lebensformen und seine Folgen für die soziale Integration. [vergriffen]
Martin Diewald
- P 89-105 Stabilität und Wandel von Parteeinigungen. Eine Panelanalyse politischer Präferenzen in Bundesrepublik. [vergriffen]
Detlef Landua
- P 89-106 Die Wechselwirkungen zwischen Beschäftigungspolitik und sozialer Sicherung. [vergriffen]
Richard Hauser
- P 89-107 Is Happiness Relative? [vergriffen]
Ruut Veenhoven
- P 90-101 Erweiterungsmöglichkeiten der Standardverfahren der empirischen Sozialforschung. [vergriffen]
Detlef Landua
- P 90-102 Sozialreport 1990 - Daten und Fakten zur sozialen Lage der DDR. [vergriffen]
Dokumentation eines Workshops am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
- P 90-103 The Duration and Extent of Poverty - Is Germany a Two-Thirds-Society?
Bruce Headey, Peter Krause und Roland Habich
- P 90-104 Modernisierung und Modernisierungstheorie. [vergriffen]
Wolfgang Zapf
- P 90-105 Von Klassen und Schichten zu Lebensstilen - Ein neues Paradigma für die empirische Sozialforschung? [vergriffen]
Martin Diewald
- P 90-106 Zukunftsforschung aus den U.S.A. - Prominente Autoren und Werke der letzten 20 Jahre.
Katrin Gillwald
- P 91-101 Der lange Weg zur Einheit. Unterschiedliche Lebensqualität in den „alten“ und „neuen“ Bundesländern. [vergriffen]
Detlef Landua, Annette Spellerberg und Roland Habich
- P 91-102 Ein Jahr Umfragen in den Neuen Bundesländern -Themen und Tendenzen.
Christian Holst
- P 91-103 Zeitgemäße Fragen nicht nur an die DDR-Soziologie.
Michael Thomas
- P 91-104 Technik, Alter, Lebensqualität. Zur Bedeutung von Technik für die Lebensführung älterer Menschen. [vergriffen]
Jürgen Hampel, Heidrun Mollenkopf und Wolfgang Zapf
- P 91-105 Ausländer in der Bundesrepublik. Soziale und ökonomische Mobilität.
Wolfgang Seifert

- P 91-106 East Germany: Incomes, Inequality and the Impact of Redistributive Government 1990-1991.
Bruce Headey, Peter Krause und Roland Habich
- P 92-101 Freizeitverhalten - Werte - Orientierungen. Empirische Analysen zu Elementen von Lebensstilen.
Annette Spellerberg
- P 92-102 Das Jahr danach. Zum Transformationsprozeß Ostdeutschlands und seiner Bewertung aus der Sicht der Betroffenen.
Detlef Landua
- P 92-103 Hoffnungsträger Ost. Entwicklungsdynamik und Entwicklungsperspektiven im Berliner Umland aus der Sicht von neuen Führungskräften.
Katrin Gillwald
- P 92-104 Die Transformation in der ehemaligen DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung.
Wolfgang Zapf
- P 92-105 Wohnungsversorgung in der ehemaligen DDR. Verteilungskriterien und Zugangswege.
Wilhelm Hinrichs
- P 92-106 Technische Hilfsmittel statt Betreuung? Erhaltung und Unterstützung einer selbständigen Lebensführung im Alter.
Jürgen Hampel
- P 93-101 Lebenslagen im Umbruch - Zur sozialen Lage privater Haushalte in der osteuropäischen Transformation.
Horst Berger und Roland Habich (Hg.)
- P 93-102 Arbeitsmarktsegmentation - Mobilitätsbarrieren für ausländische Arbeitnehmer?
Wolfgang Seifert
- P 93-103 Die Auswirkungen der hohen Unterbeschäftigung in Ostdeutschland auf die personelle Einkommensverteilung.
R. Hauser, K. Müller, J. Frick und G. Wagner
- P 93-104 Is Happiness a Trait? Tests of the theory that a better society does not make people happier.
Ruut Veenhoven
- P 93-105 Veränderungen der Struktur und der sozialen Lage ostdeutscher Haushalte nach 1990.
Horst Berger, Wilhelm Hinrichs, Eckhard Priller und Annett Schultz
- P 93-106 Technical Aids in Old Age - Between acceptance and rejection.
Heidrun Mollenkopf
- P 93-107 Stabilisierung trotz Differenzierung? Sozialstrukturelle Entwicklungen und wahrgenommene Lebensqualität in Ostdeutschland 1990-1992. [vergriffen]
Detlef Landua
- P 93-108 „... im Westen noch beständig, im Osten etwas freundlicher“ Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden drei Jahre nach der Wiedervereinigung. [vergriffen]
Detlef Landua, Roland Habich, Heinz-Herbert Noll, Wolfgang Zapf und Annette Spellerberg
- P 93-109 Ökonomische Verhaltensweisen und politische Einstellungen im vereinten Deutschland.
Wolfgang Seifert, Richard Rose und Wolfgang Zapf

- P 94-101 Alltagskultur in Ost- und Westdeutschland. Unterschiede und Gemeinsamkeiten.
Annette Spellerberg
- P 94-102 Arbeitszeitpräferenzen. Basisdaten für eine bedürfnisgerechte Arbeitszeitgestaltung.
Karin Schulze Buschoff
- P 94-103 Jugendliche im Transformationsprozeß. Vorbedingungen, Probleme und Chancen zur Integration ostdeutscher Jugendlicher im vereinten Deutschland.
Kerstin Seiring
- P 94-104 Lebensbedingungen und politische Einstellungen im Transformationsprozeß. Ostdeutschland und Osteuropa im Vergleich.
Wolfgang Seifert und Richard Rose
- P 94-105 Lebensstile in West- und Ostdeutschland. Verteilung und Differenzierung nach sozialstrukturellen Merkmalen.
Annette Spellerberg
- FS III 95-401 Wie Migranten leben. Lebensbedingungen und soziale Lage der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik.
hrsg. von Wolfgang Seifert
- FS III 95-402 Familie und Erwerbsarbeit in der Bundesrepublik. Rückblick, Stand der Forschung und Design einer Lebensformtypologie.
Karin Schulze Buschoff
- FS III 95-403 Erwerbsverläufe in Ostdeutschland. Einflüsse und Folgen.
Horst Berger, Thomas Bulmahn und Wilhelm Hinrichs
- FS III 95-404 Sozialberichterstattung in und für Deutschland - ein Ziel, zwei Wege? Dokumentation einer Arbeitstagung zu „Sozialreport 1994“ - „Datenreport 1994“.
hrsg. von Roland Habich, Wolfgang Zapf und Gunnar Winkler
- FS III 95-406 Developments in Satisfaction Research.
Ruut Veenhoven
- FS III 95-408 Ökologisierung von Lebensstilen. Argumente, Beispiele, Einflußgrößen.
Katrin Gillwald
- FS III 96-401 Mobilität zur sozialen Teilhabe Älterer.
Heidrun Mollenkopf und Pia Flaschenträger
- FS III 96-402 Lebenszufriedenheit im europäischen Vergleich.
Ingeborg Weller
- FS III 96-403 Vereinigungsbilanzen. Die deutsche Einheit im Spiegel der Sozialwissenschaften.
Thomas Bulmahn
- FS III 96-404 Happy Life-Expectancy. A comprehensive measure of quality-of-life in nations.
Ruut Veenhoven
- FS III 96-405 Response Style und Response Set. Eine Längsschnittuntersuchung zu den Zufriedenheits- und Einstellungsfragen im Sozio-ökonomischen Panel.
Jörg-Peter Schräpler
- FS III 96-406 Rethinking Modernization: Legacies of Parsons and Hilbert.
Edward A. Tiryakian
- FS III 96-407 Wohnortwechsel zwischen den Bundesländern im Kontext der Vereinigung.
Wilhelm Hinrichs

- FS III 97 - 401 Ungleichheits- und Gerechtigkeitsorientierungen in modernen Wohlfahrtsstaaten. Ein Vergleich der Länder Schweden, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland
Steffen Mau
- FS III 97 - 402 Die Sozialstruktur der DDR. Versuch einer Rekonstruktion auf der Basis einer 1987 durchgeführten soziologischen Untersuchung
Siegfried Grundmann
- FS III 97 - 403 Lebensstile und Wohnverhältnisse
Annette Spellerberg
- FS III 97 - 404 Wohnmobilität und Wohnverhältnisse in West- und Ostdeutschland
Nicole Schneider
- FS III 97 - 405 Privathaushalte und Haushalten in Ostdeutschland
Annett Schultz
- FS III 97 - 406 Ein Fall von Car Sharing: Umweltentlastung durch soziale Innovation
Katrin Gillwald
- FS III 97 - 407 Soziologische Forschung in der DDR. Einige Aspekte der Arbeit des Wissenschaftlichen Rates
Rudi Weidig
- FS III 97 - 408 Sozialindikatorenforschung in der DDR. Wissenschaftstheoretische, forschungsorganisatorische und institutionelle Aspekte
Horst Berger
- FS III 97 - 409 Wohnbedingungen und ihre subjektive Wahrnehmung in Ostdeutschland 1990-97
Wilhelm Hinrichs
- FS III 97 - 410 Arbeitszeiten - Wunsch und Wirklichkeit in Ost- und Westdeutschland
Karin Schulze Buschoff
- FS III 97 - 411 Ein Suchen und Sichfinden im Gestern und Heute. Verändern die Ostdeutschen ihre Einstellungen und Haltungen zur Demokratie und gesellschaftlichen Mitwirkung?
Eckhard Priller
- FS III 98 - 401 Inequality and Support for Redistributive Policy: One World of Post-Communism, Two Worlds of Western Capitalism?
Jan Delhey
- FS III 98 - 402 Über die Möglichkeit einer kontinuierlichen und zügigen Fortsetzung des chinesischen Modernisierungsprozesses
Li Pengcheng
- FS III 98 - 403 Lebensstile im Zeitvergleich: Typologien für West- und Ostdeutschland 1993 und 1996
Annette Spellerberg und Regina Berger Schmitt
- FS III 98 - 404 Teilzeitbeschäftigte in Europa. Arbeitsbedingungen, Familienkontext, Motive und subjektive Bewertungen
Karin Schulze Buschoff und Jana Rückert
- FS III 98 - 405 Das Erwerbsverhalten von Frauen im europäischen Vergleich. Welche Faktoren beeinflussen Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünsche?
Karin Schulze Buschoff, Inge Weller und Jana Rückert
- FS III 98 - 406 Rette sich, wer kann? Die Krise der gesetzlichen Rentenversicherung und die Privatisierung der Altersvorsorge
Thomas Bulmahn

- FS III 99 - 401 Wohnsuburbanisierung am Beispiel Berlin. Ein Erklärungsrahmen
Wilhelm Hinrichs
- FS III 99 - 402 Income Dynamics in Three Societies. An investigation of social dynamics using „old“ and „new“ types of social indicators
Zsolt Spéder, Roland Habich
- FS III 99 - 403 Inequality and Attitudes. Postcommunism, Western Capitalism and Beyond
Jan Delhey
- FS III 99 - 404 Social Reporting in the 19970s and 1990s
Wolfgang Zapf
- FS III 99 - 405 New Structures of Inequality: Some Trends of Social Change in Modernized Societies
Heinz-Herbert Noll

Bitte die nächste Seite beachten!
See the following page, please!

Die Arbeitspapiere können bestellt werden/The discussion papers can be ordered:

Wissenschaftszentrum Berlin für
Sozialforschung (WZB)
Pressestelle
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin

Bestellungen von Arbeitspapieren: Briefmarken erbeten

Wir erbitten von allen Bestellern, die Arbeitspapiere vom WZB anfordern, eine **1 DM-Briefmarke pro Papier** als pauschalen Beitrag zu den anfallenden Versandkosten. Besteller aus dem **Ausland** werden gebeten, für jedes bestellte Arbeitspapier einen "Coupon-Réponse International" (internationalen Antwortschein), der auf Postämtern erhältlich ist, beizufügen.

Aus diesem Grund ist es auch nicht mehr möglich, Bestellungen von Arbeitspapier per Telefon oder Fax an das WZB zu richten. Schicken Sie Ihre Bestellungen nur noch schriftlich an die WZB-Pressestelle, und legen Sie neben der entsprechenden Anzahl von Briefmarken weiterhin einen mit Ihrer eigenen Adresse versehenen **Aufkleber** bei.

Die in letzter Zeit erheblich gestiegene Anzahl von Bestellungen sowie die Mittelkürzungen, die öffentlich finanzierten Institutionen - wie auch dem WZB - auferlegt wurden, machen diese Maßnahme unumgänglich. Wir bitten um Verständnis und darum, unbedingt wie beschrieben zu verfahren.

Stamps for Papers

We ask for a 1 DM-postage stamp per paper from all those who wish to order WZB-papers and who live in Germany. These stamps contribute to the shipment costs incurred. All persons interested in WZB-papers from abroad are kindly requested to send one "Coupon-Réponse International" (international reply coupon) for each ordered paper. The coupons can be obtained at your local post office.

The reasons for these measures are the high increase in the number of ordered papers during the last months as well as the cut in funds imposed on publicly financed institutions like the WZB. We do ask for your understanding and hope that you will comply with the above mentioned procedure.

